

# Finanzkrise Glossar

<b>ABS</b>	siehe: „Asset Backed Securities“
<b>ABCP</b>	siehe: „Asset Backed Securities“
<b>Adressenausfallrisiko</b>	Risiko des Verlustes, der dadurch entsteht, dass ein Kreditnehmer, beispielsweise im Insolvenzfall, seine Pflichten gegenüber dem Gläubiger nicht mehr erfüllen kann.
<b>Aktienrendite</b>	Größe zur Bewertung des Anlageerfolges. Während die Dividendenrendite das Verhältnis der Dividende zum gegenwärtigen Kurs beschreibt, berücksichtigt die Aktienrendite sowohl die angefallenen Dividenden als auch die eingetretenen Kurssteigerungen oder -verluste.
<b>Aktivproduktivität</b>	Verhältnis der operativen Erträge zu den risikogewichteten Aktiva. Gibt Anhaltspunkte zum Risiko-Ertrags-Profil einer Bank.
<b>Aktiv-Mindestreserve</b>	siehe: „Mindestreserve“
<b>Anlagebuch</b>	Dem Anlagebuch eines Kreditinstituts werden gemäß KWG (Kreditwesengesetz) alle Positionen zugeordnet, die nicht dem Handelsbuch zuzurechnen sind. Siehe auch: „Handelsbuch“
<b>Anleihe</b>	Schuldverschreibung von Unternehmen oder Staaten mit fester Verzinsung.
<b>Arbitrage</b>	Ausnutzen unterschiedlicher Preise von Wertpapieren oder Waren durch gleichzeitigen Kauf und Verkauf auf unterschiedlichen Märkten.
<b>Asset Backed Commercial Paper</b>	siehe: „Asset Backed Securities“
<b>Asset Backed Securities</b>	Asset Backed Securities (ABS) sind forderungsbesicherte Wertpapiere: Wertpapiere, die durch einen Pool von Vermögenswerten (assets) wie Kreditkarten-, Leasing-, Handels-, Autohandelsforderungen und Konsumentenkrediten besichert sind. Siehe auch: „Verbriefung“
<b>Bad Bank</b>	Zweckgesellschaft zur Bereinigung von Bankbilanzen. Abschreibungsgefährdete Finanzaktiva werden auf eine Bad Bank übertragen.
<b>BaFin</b>	siehe: „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“
<b>Bank für Internationalen Zahlungsausgleich</b>	Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ, englisch: Bank for International Settlements) verwaltet Teile der internationalen Währungsreserven und gilt damit als Bank der Zentralbanken der Welt. Sitz der BIZ ist Basel (Schweiz). Die BIZ spielt eine wichtige Rolle in der internationalen Zusammenarbeit zwischen Zentralbanken und bei der Gestaltung internationaler Kapitalregeln.

# Finanzkrise Glossar

<b>Bank Lending Survey</b>	Umfrage zur Kreditvergabepolitik, die die Europäische Zentralbank seit 2003 vierteljährlich unter ausgewählten Banken durchführt. Sie enthält qualitative Fragen zur Entwicklung der Kreditrichtlinien, der Kreditkonditionen und der Kreditnachfrage von Unternehmen und privaten Haushalten.
<b>Bankenunion</b>	Die Bankenunion ist eine Strategie, um auf europäischer Ebene künftigen Finanzkrisen vorzubeugen. Vorgesehene Teile dieser Strategie sind: eine zentrale und gemeinsame Verantwortung für die Finanzmarktaufsicht (englisch: Single Supervisory Mechanism – SSM), die Einlagensicherung, die Sanierung oder Abwicklung von Kreditinstituten innerhalb der Europäischen Union (englisch: Single Resolution Mechanism – SRM) sowie die Möglichkeit, Finanzhilfen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) direkt an angeschlagene Kreditinstitute zu vergeben, anstatt diese an Staaten zu leisten.
<b>Banking Supervision Committee</b>	Das Banking Supervision Committee (BSC) ist ein Gremium, das aus Vertretern der Zentralbanken und Bankenaufsichtsbehörden aller EU-Staaten besteht. Der Arbeitsschwerpunkt des BSC liegt in der makroprudenziellen Stabilitäts- und Strukturanalyse der europäischen Banken- beziehungsweise Finanzsysteme, die sowohl die Einschätzung der Auswirkungen von Entwicklungen im EU-Finanzsystem als auch der Auswirkungen regulatorischer und aufsichtlicher Anforderungen auf die Finanzsystemstabilität umfasst. Daneben dient das BSC der Zusammenarbeit und dem Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern.
<b>Basel I, II, III</b>	siehe: „Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht“
<b>Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht</b>	<p>Der Baseler Ausschuss ist ein zentrales Gremium internationaler Finanzmarkt-Kooperation. Er wurde 1974 gegründet, die dem Ausschuss angehörenden Staaten sind durch Zentralbanken und Bankenaufsichten vertreten. Der Ausschuss erarbeitet Aufsichtsstandards und Empfehlungen für die Bankenaufsicht. Beschlüsse fasst das Gremium nur einstimmig. Der Ausschuss berät, seine Empfehlungen bilden die Grundlage für nationale Gesetzgebungen.</p> <p><b>Basel I</b> wurde 1988 beschlossen. Das Abkommen schreibt den Banken Eigenkapitalregeln vor. Nach diesen Regeln unterliegen die von Banken vergebenen Kredite einer durch das Eigenkapital vorgegebenen Höchstgrenze. Die Kredite werden risikogewichtet. Bestimmte Kredittypen, zum Beispiel Unternehmenskredite, werden als riskant eingestuft, andere als weniger riskant, zum Beispiel Kredite an andere Banken.</p> <p><b>Basel II</b> gilt in der EU seit 2008. Basel II reformiert Basel I vor allem dadurch, dass die Kredite-Eigenkapital-Quote nicht mehr nach starren Regeln berechnet wird, sondern aufgrund eines von der jeweiligen Bank erstellten Ratings ihrer Kreditkunden. Basel II erlaubt es also den Banken, das Risiko, das sie halten – und damit auch die notwendige Kapitalunterlegung – selbst zu ermitteln. Je</p>

# Finanzkrise Glossar

	<p>höher das Ausfallrisiko eines (von einer Bank vergebenen) Kredits ist, umso mehr Eigenkapital muss das Kreditinstitut in seine Bilanz einstellen.</p> <p>Im Dezember 2010 wurde die vorläufige Endfassung von <b>Basel III</b> veröffentlicht. Die Umsetzung in der EU wird über eine Neufassung der Capital Requirements Directive (CRD) erfolgen und soll ab 2014 schrittweise in Kraft treten. Änderungen durch Basel III:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Eigenkapital:</b> Unterschieden wird zwischen hartem (Core Equity Tier 1) und zusätzlichem (Additional Tier 1) Kernkapital. Neben dem Kernkapital zählt auch Ergänzungskapital (Tier 2) zu den anrechenbaren Eigenmitteln, welches vor allem zur Befriedigung von Gläubigerinteressen im Insolvenzfall dient. Basel III führt unterschiedliche Kapitalpuffer ein. Der Kapitalerhaltungspuffer (Capital Conservation Buffer) soll mit hartem Kernkapital in Höhe von 2,5 % der risikogewichteten Aktiva dauerhaft verbindlich sein und der Verlustabfederung durch die Institute dienen. Davon zu unterscheiden ist der institutsspezifische, antizyklisch wirkende Kapitalpuffer (Institution Specific Countercyclical Capital Buffer), der variabel ausgestattet ist und in Zeiten eines Konjunkturaufschwunges das Risiko von zu hohem Kreditwachstum mindern soll. Außerdem werden systemische Kapitalpuffer (Systemrisikopuffer, Puffer für systemrelevante Institute) aus hartem Kernkapital eingeführt.</li> <li>• <b>Liquidität:</b> Basel III strebt im Bereich der quantitativen Liquiditätsstandards ein weltweit harmonisiertes System an. Ziel: Barabflüsse während vordefinierter Stressszenarien sollen durch die Banken selbst kompensiert werden können. Die „Liquidity Coverage Ratio“ ist ein kurzfristiger Liquiditätsmaßstab und misst das Verhältnis an hochliquiden Aktiva zum Nettozahlungsabgang während eines 30-tägigen Stresszeitraumes. Demgegenüber bezieht sich die „Net Stable Funding Ratio“ auf einen längeren Zeitraum, in dem der Bestand an stabilen Passiva den Wert der erforderlichen stabilen Refinanzierung übertreffen muss.</li> <li>• <b>Leverage Ratio:</b> Durch Einführung einer Verschuldungsquote (Leverage Ratio) soll die Systemstabilität zusätzlich abgesichert werden. Erstens soll das Risiko fehlerhafter Modelle bei der Berechnung des Risikos von Finanzinstrumenten (und damit des zur Unterlegung erforderlichen Eigenkapitals) begrenzt werden. Zweitens soll eine Obergrenze für die Hebelung des Eigenkapitals einer Bank in Boom-Phasen eingezogen werden. Die Verschuldungsquote ergibt sich aus dem Verhältnis des Forderungswerts der bilanziellen und außerbilanziellen Aktivposten zum Kernkapital einer Bank.</li> </ul>
<b>Basispunkt</b>	Ein Basispunkt entspricht 0,01 Prozent.
<b>Bilanzierungsvorschriften</b>	Bilanzierungsvorschriften legen fest, nach welchen Regeln ein Unternehmen Vermögensgegenstände bewerten und in die Bilanz einstellen muss. Man unterscheidet zwischen Fair-value-Bewertung

# Finanzkrise Glossar

	<p>(oder Mark-to-Market-Bewertung) und dem Niederstwertprinzip. Nach den Grundsätzen der internationalen Rechnungslegung (US-GAAP und IFRS) müssen die Prinzipien Mark-to-Market bzw. Fair-Value-Bewertung gelten. Demnach müssen Vermögensgegenstände mit dem aktuell festgestellten Marktwert in der Bilanz bewertet werden. Ein Schwanken der Marktpreise führt somit auch in der Bilanz zu entsprechenden Veränderungen. Diese Bewertungsprinzipien haben prozyklische Wirkung und verstärken jeweils Booms und Krisen.</p> <p>Bei der Mark-to-Model-Bewertung wird der Preis eines Wertpapiers durch ein mathematisches Modell ermittelt, also nicht durch den Markt. Die Tranchen einer CDO (Collateralised Debt Obligation) sind in der Regel Mark-to-Model, da CDOs nicht auf Börsen gehandelt werden. Bei Liquiditätsengpässen auf den Finanzmärkten führt Mark-to-Model zu höheren Preisen, als auf den Finanzmärkten tatsächlich realisierbar sind.</p>
<b>BIP</b>	siehe: „Bruttoinlandsprodukt“
<b>BIP-Deflator</b>	Preisindex zur Messung der Inflationsrate des Bruttoinlandsprodukts
<b>BIZ</b>	siehe: „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“
<b>Blankoverkauf</b>	siehe: „Leerverkauf“
<b>Bretton Woods</b>	Währungssystem mit festen Wechselkursen von 1945 bis 1971. Der Wert des Dollar war in Gold fixiert und für Zentralbanken in Gold eintauschbar.
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der in Geldeinheiten ausgedrückte Wert aller Güter und Dienstleistungen, die innerhalb einer Volkswirtschaft während einer bestimmten Periode (meist bezogen auf ein Jahr) produziert werden. Das Bruttoinlandsprodukt ist ein Maß für die wirtschaftliche Gesamtleistung einer Volkswirtschaft.
<b>BSC</b>	siehe: „Banking Supervision Committee“
<b>Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht</b>	Deutsche Aufsichtsbehörde für Banken und Finanzdienstleister sowie Versicherer und den Wertpapierhandel. In der Bankenaufsicht arbeitet die Bafin mit der Deutschen Bundesbank zusammen.
<b>Carried interest</b>	Carried interest ist eine Form der Gewinnbeteiligung der Fondsgesellschaft und deren Mitarbeiter zu Lasten der Investoren in einem Private Equity Fonds. Üblicherweise erhalten die Manager einen Anteil (oft bis zu einem Fünftel) des Gewinns aus dem Kapitaleinsatz.
<b>Carry Trade</b>	Spekulanten nehmen bei einem Carry Trade Kredite in einem Land mit verhältnismäßig niedrigen Zinsen auf und legen das Geld in höher verzinsten Finanzinstrumenten anderer Währung an.

# Finanzkrise Glossar

<b>CBO</b>	siehe: „Collateralised Bond Obligation“
<b>CCP</b>	siehe: „Central Counterparty“
<b>CDO</b>	siehe: „Collateralised Debt Obligation“
<b>CDS</b>	siehe: „Kreditausfallswap“
<b>CEBS</b>	Committee of European Banking Supervisors
<b>Central Counterparty</b>	<p>Central Counterparty (CCP, deutsch: zentraler Kontrahent oder zentrale Gegenpartei) ist ein Rechtssubjekt, das an Börsen und außerbörslichen Handelsplätzen als Vertragspartei zwischen Verkäufer und Käufer tritt. Die CCP ist dann Käufer für jeden Verkäufer und Verkäufer für jeden Käufer. Ziele von CCP sind neben Anonymisierung des Handels und Effizienz der Aufrechnungsmöglichkeiten die Risikovorsorge: Zur Minderung des Erfüllungsrisikos verlangt die CCP von allen Handelsteilnehmern eine Sicherheits hinterlegung (margin), die im Falle des Ausfalls einer Partei eine Wiederbeschaffung ermöglichen soll. Im Gegenzug übernehmen CCP das Kontrahentenausfallrisiko aus Handelsgeschäften zwischen Marktteilnehmern.</p> <p>Aufgrund der Pflicht zum Clearing durch CCPs im Rahmen der globalen Reform von außerbörslichen (OTC = Over-the-Counter) Derivatemärkten nimmt die systemische Relevanz von CCPs zu. Aus Sicht der Finanzstabilität besteht die Gefahr, dass der Ausfall eines oder mehrerer Clearing-Teilnehmer die Schieflage einer CCP bewirken kann.</p>
<b>Clearingstelle für Finanzprodukte</b>	Die Clearingstelle für Finanzprodukte Ist eine Zentralstelle für die Abwicklung und Abrechnung von Kreditderivaten und Finanzprodukten.
<b>CLN</b>	siehe: „Credit Linked Note“
<b>CLS</b>	siehe: „Continous Linked Settlement“
<b>CLO</b>	siehe: „Collateralised Debt Obligation“
<b>CMBS</b>	siehe: „Mortgage Backed Securities“
<b>Collateralised Bond Obligation</b>	Collateralised Bond Obligation (CBO) sind Wertpapiere aus einer Verbriefung von handelbaren Wertpapieren
<b>Collateralised Debt Obligation</b>	Collateralised Debt Obligation (CDO) sind Wertpapiere aus einer Verbriefung von Anleihen, Darlehen, Credit Default Swaps, Asset Backed Securities oder von Mischformen. Pools aus Krediten werden in eine Zweckgesellschaft eingebracht. Im Rahmen der Zweckgesellschaft wird das Portfolio in mehrere Teile (Tranchen) zerlegt, die das Risiko von Zahlungsausfällen in unterschiedlichem Grad abfangen. Meist wird das Portfolio in drei Tranchen zerlegt: Senior, Mezzanine, Equity. Die Tranchen werden stückweise an Investoren verkauft.

# Finanzkrise Glossar

	Bei sogenannten seniorsynthetischen CDO werden nicht die Kredite, sondern nur das Kreditrisiko über Credit Default Swaps auf die Zweckgesellschaft übertragen.
<b>Collateralised Loan Obligation</b>	siehe: „Collateralised Debt Obligation“
<b>Collective Action Clauses</b>	Vertragsklauseln in Kreditverträgen, die eine Umschuldung auch gegen den Willen einer Minderheit der Gläubiger ermöglichen. Collective Action Clauses regeln Umschuldungsverhandlungen und erleichtern die Umschuldung von Anleihen, die von unterschiedlichen Gläubigergruppen gehalten werden. Bezogen auf Staatsanleihen schaffen Collective Action Clauses einen Rechtsrahmen für einen staatlichen Restrukturierungsprozess.
<b>Commercial Mortgage Backed Securities</b>	siehe: „Mortgage Backed Securities“
<b>Commercial Papers</b>	Finanzinstrumente mit kurzer Laufzeit. Inhaberschuldverschreibungen, die der kurzfristigen Fremdmittelaufnahme dienen und als Daueremission revolving mit einer Laufzeit zwischen einem 360 Tagen (bei US-amerikanischen Commercial Papers bis 270 Tage) ausgegeben werden.
<b>Conduit</b>	siehe: „Zweckgesellschaft“
<b>Continous Linked Settlement</b>	Continous Linked Settlement (CLS) ist ein von einer Gruppe privater internationaler Banken entwickeltes und von der CLS-Bank mit Sitz in New York betriebenes System zur Zug-um-Zug-Abwicklung (Payment versus Payment) von Devisenhandelsgeschäften. CLS wird seit 2002 betrieben.
<b>Covenants</b>	Covenants sind Bestandteil von Kreditverträgen und vertragsmäßigen Auflagen für den Kreditnehmer, bestimmte Bedingungen zu erfüllen beziehungsweise bestimmte Tatbestände zu unterlassen oder nicht eintreten zu lassen. Covenants dienen der Absicherung des Kreditgebers, zum Beispiel durch die Regelung von Auskunftspflichten. Der Begriff „Covenant-light“ drückt aus, dass bei Kreditverträgen auf übliche Covenants zugunsten des Kreditnehmers verzichtet wird.
<b>Covered Bond</b>	Gedekte Schuldverschreibung – das heißt zweifacher Schutz der Anlegerinnen und Anleger durch Haftung des ausgebenden Finanzinstituts (meist eine Bank) und Deckung durch einen speziellen Sicherheitenpool. Der Sicherheitenpool besteht meist aus erstklassigen Hypotheken oder Anleihen des öffentlichen Sektors, auf die die Anlegerinnen und Anleger bevorrechtigt zugreifen können. Damit unterscheiden Covered Bonds sich sowohl von vorrangigen, aber unbesicherten Schuldtiteln als auch von forderungsunterlegten Wertpapieren (Asset Backed Securities) die über keine Haftung

# Finanzkrise Glossar

	durch den Emittenten verfügen. Eine deutsche Form von Covered Bonds sind Pfandbriefe.
<b>Credit Default Swap</b>	siehe: „Kreditausfallswap“
<b>Credit Enhancement</b>	Bestandteil einer Verbriefungsaktion, der die Bonität der Verbriefung verbessert und die Risiken der zugrunde liegenden Forderungen für Investoren verringern soll.
<b>Credit event</b>	siehe: „Kreditereignis“
<b>Credit Linked Notes</b>	Credit Linked Notes (CLN) sind Kombinationen aus einer Anleihe und einem Kreditausfallswap. Mit CLN wird das Kreditrisiko der Referenzforderungen, zum Beispiel der Zweckgesellschaft, auf die Anleiheinvestoren übertragen; während der Laufzeit der CLN erhalten die Investoren Kuponzahlungen und am Ende den Nennwert, falls kein vorab festgelegtes Ereignis eintritt. Die Rückzahlungshöhe der CLN hängt von vertraglich vereinbarten Kreditereignissen ab. Im Gegensatz zu einem Kreditausfallswap (CDS), der eine Ersatzleistung zu Gunsten des Sicherungsnehmers bei Eintritt eines Kreditereignisses vorsieht, findet bei einer CLN die Leistung durch den Sicherungsgeber bereits im Voraus statt, wofür sich bei Eintritt des Kreditereignisses im Gegenzug der Rückzahlungsbetrag vermindert.
<b>DCGK</b>	siehe: „Deutscher Corporate Governance Kodex“
<b>Debt to equity ratio</b>	siehe: „Leverage“
<b>Derivate</b>	Derivate sind Finanzprodukte, deren Preis unmittelbar oder mittelbar von der Entwicklung des Marktpreises anderer Güter oder Finanzinstrumente abhängt. Derivate sind also abgeleitete Finanzmarktinstrumente aus Basiswerten, zum Beispiel Aktien, Unternehmensanleihen oder Devisen. Der Wert des Derivates schwankt mit den Bewegungen des zu Grunde liegenden Basiswertes. Derivate können mit Hebeln arbeiten – der Derivatewert macht dadurch stärkere Ausschläge als der Basiswert.
<b>Deutscher Corporate Governance Kodex</b>	Mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) sollen die in Deutschland geltenden Regeln für Unternehmensleitung und Unternehmenskontrolle für nationale wie internationale Investoren transparent gemacht werden, um so das Vertrauen in die Unternehmensführung deutscher Gesellschaften zu stärken. Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde von einer 2001 eingesetzten Regierungskommission erarbeitet. Diese Kommission arbeitet unbefristet.
<b>Due Diligence</b>	Due Diligence kann mit „sorgfältiger Unternehmensprüfung“ und „gebotene Sorgfalt“ übersetzt werden. Due Diligence bedeutet die sorgfältige und ungeschminkte Prüfung der Stärken, Schwächen und Risiken bei Geschäftsübernahmen, Börsengängen oder sonstigen Käufen von Aktiva.

# Finanzkrise Glossar

<b>EFSF</b>	siehe „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“
<b>Eigenkapital</b>	Das Eigenkapital setzt sich aus Kernkapital und Ergänzungskapital zusammen. Aktien und einbehaltene Gewinne bilden dabei den harten Kern des Kernkapitals. Stille Einlagen und Hybridanleihen zählen zum Ergänzungskapital. Hybridanleihen sind eine Form von nachrangigen Anleihen. Eigentümer von Hybridanleihen erhalten nur dann Zinsen, wenn die Bank, die die Anleihen begeben hat, Gewinn macht. Bei einer Insolvenz werden die Halter nachrangiger Anleihen nach anderen Gläubigern bedient.
<b>Eigenkapitalgrundsatz</b>	Der Eigenkapitalgrundsatz („Grundsatz I“) konkretisiert die in § 10 KWG festgelegte Anforderung an die beaufsichtigten Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute, ihre Adressenausfall- sowie ihre Marktpreisrisiken mit angemessenen Eigenmitteln zu unterlegen. Er ist täglich zum Geschäftsschluss von den Instituten einzuhalten.
<b>Eigenkapitalrendite</b>	Die Eigenkapitalrendite (englisch: Return on Equity – RoE) ist ein Maß für die Profitabilität eines Unternehmens oder einer Bank, bei der der Gewinn ins Verhältnis zum eingesetzten Kapital gesetzt wird.
<b>Emission</b>	Platzieren neuer Wertpapiere am Markt.
<b>EONIA</b>	siehe: „Euro Overnight Index Average“
<b>Ergänzungskapital</b>	Zusammen mit dem Kernkapital Bestandteil des bankaufsichtlichen Eigenkapitals (gesetzlich verankert in § 10 Abs. 2b KWG). Zum Ergänzungskapital zählen Positionen geringerer Haftungsqualität. Ergänzungskapital wird auch als Zweitrangmittel oder Tier II Capital bezeichnet.
<b>Ertragseffizienz</b>	Produkt aus Aktivproduktivität, Risikoprofil und dem Hebeleffekt des Fremdkapitals
<b>ESM</b>	siehe „Europäischer Stabilitätsmechanismus“
<b>ESMA</b>	siehe: „Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde“
<b>ESZB</b>	siehe: „Europäisches System der Zentralbanken“
<b>ETF</b>	siehe: „Exchange Traded Funds“
<b>EURIBOR</b>	siehe: „Euro Interbank Offered Rate“
<b>Euro Interbank Offered Rate</b>	Die Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR) ist der Durchschnittszinssatz, zu dem ein erstklassiges Kreditinstitut bereit ist, einem anderen Kreditinstitut mit höchster Bonität Euro-Gelder zur Verfügung zu stellen. Der EURIBOR wird täglich für Interbankeinlagen mit Laufzeiten von bis zu 12 Monaten berechnet.
<b>Euro Overnight Index Average</b>	Der Euro Overnight Index Average (EONIA) ist ein auf der Grundlage effektiver Umsätze berechneter Durchschnittszinssatz für Ta-



# Finanzkrise Glossar

	<p>gesgeld im Euro-Interbankengeschäft. EONIA wird als gewichteter Durchschnitt der Sätze für unbesicherte Euro-Übernachtkontrakte, die von einer Gruppe von Banken im Euro-Währungsgebiet gemeldet werden, berechnet.</p>
<b>Europäische Finanzstabilisierungsfazilität</b>	<p>Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF, englisch: European Financial Stability Facility) soll dazu dienen, die finanzielle Stabilität im Euro-Währungsgebiet zu sichern. Die EFSF ist Teil der als Euro-Rettungsschirm bezeichneten Maßnahmenpakete. Die EFSF wurde im Juni 2010 gegründet. Seit Juli 2013 ist der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) die einzige Institution für die finanzielle Unterstützung von Mitgliedstaaten des Euroraums. Seitdem vergibt die EFSF keine neuen Kredite mehr. Die EFSF ist als Aktiengesellschaft nach luxemburgischem Recht organisiert und hat ihren Sitz in Luxemburg.</p> <p>Die EFSF lieh sich zur Finanzierung der Hilfsprogramme Geld am Kapitalmarkt. Hierfür stellten die Euro-Länder anteilig Garantien bereit. Das Ausleihvolumen der EFSF betrug insgesamt 440 Milliarden Euro. Der maximale Garantierahmen belief sich auf 780 Milliarden Euro. Der maximale Garantieanteil Deutschlands beträgt 211 Milliarden Euro und berechnet sich nach der Höhe des Kapitalanteils an der EZB (27,15 %).</p>
<b>Europäische Zentralbank</b>	<p>siehe: „Europäisches System der Zentralbanken“</p>
<b>Europäischer Stabilitätsmechanismus</b>	<p>Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM, englisch: European Stability Mechanism) ist eine seit September 2012 arbeitende, uneingeschränkt rechts- und geschäftsfähige internationale Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg. Aufgabe des ESM ist es, Mitgliedstaaten zu unterstützen, wenn ihre Schuldenaufnahme am Kapitalmarkt nicht mehr oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich ist. In diesen Fällen kann der ESM den betroffenen Staaten Kredite und Bankenhilfen gewähren, vorsorgliche Kreditlinien einräumen sowie deren Staatsanleihen erwerben. Ziel des ESM ist es, die Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets und seiner Mitgliedstaaten zu wahren. Der ESM-Vertrag schreibt vor, dass jeder Mitgliedstaat, der Hilfe durch den ESM erhält, ein makroökonomisches Anpassungsprogramm umsetzen muss. Der ESM ist Teil des sogenannten Euro-Rettungsschirms und löst die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ab.</p> <p>Der ESM verfügt über 700 Mrd. Euro Stammkapital (Artikel 8 des Vertrages zur Einrichtung des ESM – ESMV), das sich aus eingezahlten Anteilen von 80 Mrd. Euro und abrufbaren Anteilen von 620 Mrd. Euro zusammensetzt. Der Beitrag am Stammkapital richtet sich nach dem jeweiligen nationalen Anteil am Kapital der EZB (Artikel 11 ESMV). Der deutsche Anteil von 27,15 % entspricht 190 Mrd. Euro, davon 22 Mrd. Euro eingezahltes und 168 Mrd. Euro abrufbares Kapital. Die Stabilitätshilfen werden mit Anleihen finanziert, die der ESM am Kapitalmarkt aufnimmt (Artikel 21</p>

# Finanzkrise Glossar

	<p>ESMV).</p> <p>Der ESM verfügt über folgende Instrumente:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorsorgliche Finanzhilfen durch Bereitstellung von Kreditlinien (Artikel 14 ESMV)</li> <li>• Finanzhilfen zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten (Artikel 15 ESMV)</li> <li>• Darlehen (Artikel 16 ESMV)</li> <li>• Anleihekäufe am Primärmarkt (Art. 17 ESMV)</li> <li>• Anleihekäufe am Sekundärmarkt (Art. 18 ESMV)</li> </ul> <p>Eventuell erhält der ESM als weiteres Instrument die Möglichkeit einer direkten Bankenrekapitalisierung.</p> <p>Gremien des ESM sind der Gouverneursrat und das Direktorium. Wesentliche Entscheidungen (Gewährung einer Finanzhilfe, Finanzierungsbedingungen, Auflagen) trifft der Gouverneursrat, der aus den Finanzministerinnen und Finanzministern des Euro-Währungsgebiets besteht. Jeder Mitgliedsstaat ist darüber hinaus mit einem Mitglied im Direktorium vertreten, das die Geschäfte des ESM führt (Artikel 4-7 ESMV).</p> <p>Ergänzend beteiligt sich auch der IWF durch die Vergabe bilateraler Kredite an den Euro-Stabilisierungsmaßnahmen. Die ESM-Mitgliedstaaten sind sowohl über die ESM-Garantieleistungen als auch über ihren jeweiligen Anteil am IWF-Haushalt an den Euro-Stabilisierungsmaßnahmen beteiligt.</p> <p>Der ESM wird von einem fünfköpfigen Prüfungsausschuss (Board of Auditors) kontrolliert. Zusammensetzung und Aufgaben dieses Kontrollgremiums sind in dem zwischen den Mitgliedstaaten vereinbarten ESM-Vertrag und in der ESM-Satzung geregelt. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sind bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig. Der Ausschuss prüft die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie das Risikomanagement des ESM.</p>
<p><b>Europäisches System der Zentralbanken</b></p>	<p>Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB), besteht aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken aller Staaten der Europäischen Union. Es wurde im Rahmen der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion Anfang 1999 eingeführt. Grundlagen waren die Satzungen der Europäischen Zentralbank, des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Das geldpolitische Hauptziel des ESZB ist Preisniveaustabilität.</p>
<p><b>Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde</b></p>	<p>Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA = European Securities and Markets Authority) besteht seit Anfang 2011 und ist Teil des Europäischen Finanzaufsichtssystems (ESFS = European System of Financial Supervision). Aufgabe von ESMA ist die kurz-, mittel- und langfristigen Stabilität und Effektivität des Finanzsystems. ESMA legt der EU-Kommission Vorschläge für Verordnungen vor und kann nationalen Behörden und einzelnen Marktteilnehmern gegenüber direkt aktiv werden. Der Sitz von ESMA ist in Paris.</p>

# Finanzkrise Glossar

<b>European Financial Stability Facility</b>	siehe „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“
<b>European Securities and Markets Authority</b>	siehe: „Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde“
<b>European Stability Mechanism</b>	siehe „Europäischer Stabilitätsmechanismus“
<b>Exchange Traded Funds</b>	Exchange-Traded Funds (ETF, deutsch: börsengehandelter Fonds) sind Anteile an Fonds, die Anlegerinnen und Anleger über die Börse wie Aktien kaufen oder verkaufen können. Strategien und Auswahlkriterien bei der Konstruktion von ETF sind oft kompliziert und wenig transparent.
<b>EZB</b>	siehe: „Europäisches System der Zentralbanken“
<b>Fair-value-Bewertung</b>	siehe: „Bilanzierungsvorschriften“
<b>Fair Value Option</b>	Die Fair Value Option ist ein in der Rechnungslegung eingeschränktes Klassifizierungswahlrecht für Finanzinstrumente zur ergebniswirksamen Bewertung zum beizulegenden Zeitwert.
<b>Fed</b>	Federal Reserve, US-Zentralbank
<b>Fiat-Geld</b>	Der lateinische Begriff „fiat“ bedeutet „es sei, es geschehe“. Fiat-Geld ist ein Objekt ohne eigenen Wert, das als Tauschmittel dient. Die Tauschfunktion wird erreicht, in dem eine mit entsprechender Glaubwürdigkeit ausgestattete Instanz das jeweilige Fiat-Geld zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt. Im Unterschied zu Fiat-Geld hat Waren-Geld einen eigenen Wert – zum Beispiel Gold, Silber, Zigaretten.
<b>Financial Stability Board</b>	Das Financial Stability Board (FSB) wurde 2009 von den G20-Staaten gegründet, um eine krisenfeste Finanzmarktarchitektur zu entwerfen. Dem FSB gehören 24 Staaten sowie ein Dutzend Organisationen an, die sich mehrmals im Jahr auf Ebene der Finanzstaatssekretäre und Zentralbankchefs treffen.
<b>Finanzintermediär</b>	Institut, das Geldkapital von Anlegern entgegennimmt und an Kapitalnehmer weitergibt oder den Handel zwischen Kapitalgebern und -nehmern erleichtert. Bezieht sich typischerweise auf Banken und Versicherungsgesellschaften.
<b>Finanzmarktaufsicht</b>	Finanzmarktaufsicht bezeichnet die staatliche Aufsicht über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Finanzmarkt. Je nach Land gibt es entweder eine zentrale Behörde (Allfinanzaufsicht) oder mehrere Behörden für die verschiedenen Bereiche des Finanzmarktes (Bankenaufsicht, Börsenaufsicht, Versicherungsaufsicht).
<b>Finanzmarkttransaktionssteuer</b>	siehe: „Finanztransaktionssteuer“

# Finanzkrise Glossar

<b>Finanztransaktionssteuer</b>	Die Finanztransaktionssteuer ist geplant als Umsatzsteuer auf den Handel mit Finanzvermögen, also auf Aktien, Anleihen, Derivate, Devisen. Vorgeschlagene Steuersätze bewegen sich im Bereich 0,01-0,1 Prozent. Die Finanztransaktionssteuer geht auf einen Vorschlag des US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers James Tobin von 1972 zurück. Tobin wollte durch eine sehr niedrige Steuer auf sämtliche internationale Devisentransaktionen die kurzfristige Spekulation auf Währungsschwankungen eindämmen. Er hoffte dadurch zu erreichen, dass die Wechselkurse von Währungen stärker die langfristigen realwirtschaftlichen Phänomene als die kurzfristigen spekulativen Erwartungen widerspiegeln.
<b>First Loss Piece</b>	siehe: „Verbriefung“
<b>Fixed Income Arbitrage</b>	Anlagestrategie, die oftmals von Hedgefonds verfolgt wird und darauf abzielt, mittels gegenläufiger Positionen Preisineffizienzen bei Zinstiteln und Derivaten auszunutzen, ohne dabei das allgemeine Marktrisiko einzugehen.
<b>Fristentransformation</b>	Hereinnahme kurzfristiger Einlagen und Vergabe langfristiger Kredite durch Banken. Bei der Fristentransformation können Banken die Laufzeitprämie vereinnahmen, sind aber dem Risiko einer Änderung der Zinsstruktur ausgesetzt. Durch die Fristentransformation sollen die unterschiedlichen Laufzeitinteressen der Schuldner (Privatpersonen, Unternehmen, Staat) und der Gläubiger (Sparer) in Einklang gebracht werden. Bei der Transformation von Kapitalbindungsfristen (Liquiditätsfristentransformation) weicht die Bindungsdauer des zur Verfügung gestellten Kapitals von der Bindungsdauer des investierten Kapitals ab. Aus der Liquiditätsfristentransformation erwachsen Liquiditätsrisiken. Bei der Transformation von Zinsbindungsfristen weicht die Dauer, für die die Zinsen des zur Verfügung gestellten Kapitals festgelegt sind, von der Dauer der Zinsbindung des investierten Kapitals ab. Hierdurch entstehen Zinsänderungsrisiken.
<b>FSF</b>	siehe: „Financial Stability Forum“
<b>FVO</b>	siehe: „Fair Value Option“
<b>G20</b>	Die Gruppe von 20 einflussreichen Industrie- und Schwellenländer (G20) ist ein seit 1999 bestehender informeller Zusammenschluss aus 19 Staaten und der Europäischen Union. Sie soll als Forum für die Kooperation und Konsultation in Fragen des internationalen Finanzsystems dienen. An den Treffen der G20 nehmen die Finanzminister und Zentralbankchefs der G8 (USA, Japan, Deutschland, Vereinigtes Königreich, Kanada, Frankreich, Italien, Russland) und elf weiterer Staaten, sowie die EU-Präsidentschaft, der Präsident der Europäischen Zentralbank, der Geschäftsführende Direktor (Managing Director) des Internationalen Währungsfonds, der Vorsitzende des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses (IMFC), der Präsident der Weltbank und der Vorsitzende

# Finanzkrise Glossar

	des Development Committee von Weltbank und Internationalem Währungsfonds teil. Mitglieder der G20 sind die USA, Japan, China, Deutschland, Vereinigtes Königreich (GB), Frankreich, Italien, Kanada, Brasilien, Russland, Indien, Südkorea, Australien, Mexiko, Türkei, Indonesien, Saudi-Arabien, Südafrika, Argentinien, Europäische Union.
<b>GAAP</b>	siehe: „United States Generally Accepted Accounting Principles“
<b>Gearing</b>	siehe: „Leverage“
<b>Geldmarkt</b>	Markt, auf dem mit kurzfristigem (bis zwölf Monate) Geld (Tagesgeld, Termingeld, kurzfristige Papiere) gehandelt wird.
<b>Gini-Koeffizient</b>	Maß zur Ermittlung der Verteilung von Einkommen oder Vermögen. Je näher an 1 der Gini-Koeffizient liegt, desto ungleicher ist die Verteilung.
<b>Grandfathering</b>	<p>Mit Grandfathering (Großvaterrechte) wurde ursprünglich der Versuch bezeichnet, Afroamerikaner in den USA vom allgemeinen Wahlrecht auszuschließen. „Grandfathering-Klauseln“ sind Bestandsschutzklauseln in Gesetzen oder Verträgen, die dem Begünstigten seine bisherigen Rechte oder Vorteile als Ausnahmetatbestand bewahren, obwohl die generelle Rechtssituation für künftige Betroffene anders geregelt ist. Dem Begünstigten wird zugesichert, dass er ausnahmsweise jene historischen Vorteile behalten darf, die in künftigen, vergleichbaren Fällen nicht mehr eingeräumt werden. Meist sind derartige Klauseln mit Übergangsfristen verbunden, wodurch neue vergleichbare Fälle nicht mehr auf den Fortbestand dieses Besitzschutzes vertrauen dürfen.</p> <p>Beispiel für Grandfathering: Verbindlichkeiten der Landesbanken und Sparkassen waren bis Mitte 2001 von der subsidiären Haftung ihrer öffentlichen Träger begünstigt (Gewährträgerhaftung). Gläubiger dieser Institute durften deshalb darauf vertrauen, dass ihre Gelder nicht ausfallgefährdet waren, sondern im Notfall durch die öffentlichen Träger zurückgezahlt worden wären. Das wurde auf Betreiben der Privatbanken mit Hilfe der EU abgeschafft, begründet wurde das mit Wettbewerbsverzerrungen. Während einer Übergangszeit vom 19.7.2001 bis 18.7.2005 fielen neue Verbindlichkeiten dieser Institute noch unter diese Gewährträgerhaftung, sofern sie nicht nach dem 31.12.2015 fällig werden. Auch die Gläubiger dieser Gelder sind noch durch die Gewährträgerhaftung geschützt, während die nach dem 18.7.2005 begründeten Verbindlichkeiten nicht mehr von der Gewährträgerhaftung begünstigt sind (dafür sind sie durch die Einlagensicherungsfonds der Landesbanken, Bausparkassen und Sparkassen abgesichert). Durch diese Übergangsfristen wurden bisherigen und – zeitlich begrenzt – auch neuen Gläubigern die aus der Gewährträgerhaftung resultierenden Bestandsschutzrechte belassen. „Grandfathering“ bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die Bestandsschutzrechte.</p>

# Finanzkrise Glossar

<b>Großkredite</b>	Nach §§ 13, 13a, 13b KWG: Kredite an einen Kreditnehmer oder eine Kreditnehmereinheit, die 10 % des haftenden Eigenkapitals, einer Bank (der Eigenmittel bei Handelsbuchpositionen eines Handelbuchinstituts) erreichen oder übersteigen. Großkredite dürfen jeweils ein Viertel des haftenden Eigenkapitals beziehungsweise der Eigenmittel nicht übersteigen (Großkreditgrenze).
<b>Grundsatz II (Liquiditätsgrundsatz)</b>	Schreibt den beaufsichtigten Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten gemäß § 11 KWG eine angemessene Liquiditätsvorsorge vor. Die Liquidität eines Instituts wird als gegeben angesehen, wenn die – vom jeweiligen Meldestichtag an gerechnet – in einem Monat zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel, die während dieses Zeitraums zu erwartenden Zahlungsabflüsse mindestens decken. Beurteilt wird dies anhand einer monatlich zu meldenden Liquiditätskennzahl.
<b>Haircut</b>	Prozentualer Abschlag auf den Wert einer Sicherheit. Stellt für den Kreditgeber in einem besicherten Kreditgeschäft (zum Beispiel Repo-Geschäft) einen Risikopuffer dar, der zu erwartende Schwankungen im Wert der Sicherheit während der Kreditlaufzeit auffangen und im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers die Abdeckung der ausstehenden Schuld sicherstellen soll.
<b>Handelsbuch</b>	Dem Handelsbuch eines Kreditinstituts werden gemäß § 1a KWG im Wesentlichen alle mit Marktpreisen zu bewertende Positionen zugeordnet, die das Institut zum Zweck des kurzfristigen Wiederverkaufs im Eigenbestand hält oder die zum Zweck der Erzielung eines Eigenhandelserfolgs übernommen werden. Siehe auch: „Anlagebuch“
<b>Handelsergebnis</b>	Saldo aus den Erträgen und Verlusten aus dem Eigenhandel in Wertpapieren, Finanzinstrumenten, Devisen und Rohstoffen im Rahmen der Gewinn- und Verlustrechnung einer Bank.
<b>Hausse</b>	Mit Hausse wird ein allgemeiner Preisanstieg an einem Markt bezeichnet, vor allem an der Aktienbörse.
<b>Hazard-Ratenmodell</b>	Ökonometrisches Modell, welches die Wahrscheinlichkeit ermittelt, dass ein Kreditinstitut innerhalb eines bestimmten Zeitraums (zum Beispiel innerhalb des kommenden Jahres) ohne stützende Maßnahmen im Bestand gefährdet ist. Die Determinanten im Modell der Deutschen Bundesbank sind Kapitalausstattung, Ertragslage, Kredite und Marktrisiko sowie regionale und gesamtwirtschaftliche Faktoren.
<b>Hebeleffekt</b>	siehe: „Leverage“
<b>Hedge Accounting</b>	Hedge Accounting ist die Bilanzierung von Finanzinstrumenten, die in einem Sicherungszusammenhang stehen. Der Zusammenhang dieser Verträge besteht in der gegenläufigen Ausgestaltung von Vertragsmerkmalen. Ziel der gegenläufigen Ausgestaltung ist es, finanzielle Risiken einzudämmen. Unterschieden werden Grundge-

# Finanzkrise Glossar

	<p>schäfte (Verträge, die ein finanzielles Risiko beinhalten) und Sicherungs- oder Hedge-Geschäfte (Verträge, die das finanzielle Risiko absichern sollen – von hedging = Schutz bieten). Nur wenn Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft gegenläufig sind, können Risiken vermindert werden.</p> <p>Siehe auch: „Hedge Adjustment“</p>
<b>Hedge Adjustment</b>	<p>Hedge Adjustment ist das Berichtigen von durch Zinsveränderungen verursachten Marktwertschwankungen von Grundgeschäften (Verträge, die zu ein finanzielles Risiko beinhalten) und Sicherungs- oder Hedge-Geschäften (Verträge, die das finanzielle Risiko absichern – von hedging = Schutz bieten). Hedge Adjustments sollen die Wirksamkeit der vereinbarten Sicherungsbeziehung auch bei Zinsveränderungen aufrechterhalten.</p> <p>Fair Value Hedge ist die Absicherung des Risikos einer Fair-Value-Änderung eines bilanzierten Vermögenswerts bzw. einer bilanzierten Verbindlichkeit wenn dieser Anteil einem bestimmten Risiko zugeordnet werden kann und Auswirkungen auf das Periodenergebnis haben könnte. Beispiele: Absicherung einer Festzinsposition gegen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die aus Änderungen der Marktzinssätze resultieren; Absicherung von variabel verzinslichen Finanzinstrumenten gegen Marktwertänderungen, wenn der Marktwert zwischen den Zinsanpassungsterminen Schwankungen unterliegt. Im Rahmen eines Fair Value Hedge gleichen sich die gegenläufigen Bewertungseffekte aus Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung aus.</p> <p>Mit „Fair Value“ wird der Betrag bezeichnet, zu dem Aktiva bzw. Passiva zwischen voneinander unabhängigen Geschäftspartnern fairerweise gehandelt würden.</p>
<b>Hedgefonds</b>	<p>Ein Hedgefonds ist ein wenig regulierter Anlagefonds. Managerinnen und Manager von Hedgefonds unterliegen keinen Beschränkungen in der Wahl der Kapitalinstrumente, können zum Beispiel Leerverkäufe tätigen, kreditfinanzierte und derivative Positionen eingehen. Hedgefonds leihen sich kurzfristig ein Vielfaches ihres eigenen Einsatzes, um auf diese Weise hohe Gewinne und eine so hohe Rendite auf das Eigenkapital wie möglich zu erzielen (Hebeleffekt). Damit vervielfachen sie Chancen und Risiken. Dach-Hedgefonds investieren nicht direkt in Kapitalanlagen, sondern ganz oder teilweise in andere Hedgefonds. Typischerweise verlangen Hedgefonds erfolgsabhängige Gebühren, wenn sie eine bestimmte Mindestrendite übertreffen.</p> <p>Hedgefonds unterscheiden sich vom klassischen Fondsmanagement durch ihre fehlende Regulierung, höhere Risikoneigung, höhere Fremdkapitalisierung und ihren meist kürzeren Zeithorizont.</p>
<b>High Frequency Trading</b>	<p>siehe: „Hochfrequenz-Handel“</p>
<b>High Net Worth</b>	<p>Als High Net Worth Individual (HNWI) wird eine Person be-</p>

# Finanzkrise Glossar

<b>Indidividual</b>	zeichnet, deren Netto-Finanzvermögen 1 Million Dollar übersteigt.
<b>HNWI</b>	siehe: „High Net Worth Indidividual“
<b>Hochfrequenz-Handel</b>	<p>Eine spezielle Form des automatisierten oder algorithmischen Wertpapierhandels mit Computerhilfe. Hedge Fonds, Pensionsfonds, Investmentfonds, Banken und anderen institutionellen Anleger nutzen den Hochfrequenz-Handel, um Kauf- oder Verkauf-Orders automatisch auszulösen.</p> <p>Über mathematische Algorithmen können an Börsen automatisiert in tausendstel Sekunden eine Vielzahl von Transaktionen abgewickelt werden. Oft werden dieselben Aktien oder Derivate nach wenigen tausendstel Sekunden wieder verkauft – aus der Summe einer Vielzahl kleiner Margen speist sich der Gewinn der Hochfrequenz-Handelsunternehmen. Am Ende eines jeden Börsentages stellen diese Unternehmen ihre Positionen typischerweise wieder glatt – halten über Nacht keine Aktien oder Derivate. Hochfrequenzhandel hat keinen realwirtschaftlichen Nutzen, lädt durch Intransparenz zu Betrug ein und destabilisiert das Finanzsystem – zum Beispiel durch sich selbst verstärkende Verkaufslawinen. Regulationsmöglichkeiten sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung von Trader-IDs um im Nachhinein leichter verdächtige Transaktionen ihren Urhebern zuordnen zu können.</li> <li>• Mindesthaltedauer von Aktien vorschreiben – zum Beispiel mindestens eine halbe oder anderthalb Sekunden (!).</li> <li>• Einführung einer Finanztransaktionssteuer – auf Grund der geringen Margen des Hochfrequenzhandels würde die Einführung einer Finanztransaktionssteuer das Geschäftsmodell Hochfrequenzhandel unattraktiv machen.</li> </ul> <p>Börsen selbst sind gewinnorientiert und arbeiten mit Hochfrequenzhändlern zusammen – zu Lasten anderer Marktteilnehmer. So ermöglichen Börsen Hochfrequenzhändlern gegen Gebühr das Platzen sogenannter „hidden orders“ (Übermittlung einer Order, ohne dass deren Orderinfo öffentlich abrufbar ist) und in einer rechtlichen Grauzone Frontrunning (durch Einsicht in Transaktionsinformationen einige Millisekunden vor anderen Marktteilnehmern).</p>
<b>IAS</b>	siehe: „International Accounting Standards“
<b>IASB</b>	siehe: „International Accounting Standards Board“
<b>IFRS</b>	siehe: „International Financial Reporting Standards“
<b>IMF</b>	siehe: „Internationaler Währungsfonds“
<b>implizite Volatilität</b>	Die implizite Volatilität ist eine Messgröße für die erwartete Volatilität beispielsweise von Anleihe- oder Aktienkursen (oder der entsprechenden Terminkontrakte), die sich aus Optionspreisen ableiten lässt.
<b>International</b>	siehe: „Internationaler Währungsfonds“



# Finanzkrise Glossar

<b>Monetary Fund</b>	
<b>International Accounting Standards</b>	International Accounting Standards (IAS) sind internationale Rechnungslegungsvorschriften, deren Hauptzweck die Förderung von Qualität, Transparenz und internationaler Vergleichbarkeit von Jahresabschlüssen ist.
<b>International Accounting Standards Board</b>	Das International Accounting Standards Board (IASB) ist ein international besetztes unabhängiges Gremium von Rechnungslegungsexpertinnen und -experten, welches die International Financial Reporting Standards (IFRS) entwickelt und überarbeitet.
<b>International Financial Reporting Standards</b>	International Financial Reporting Standards (IFRS) sind internationale Rechnungslegungsvorschriften, deren Hauptzweck laut International Accounting Standards Board (IASB) die Förderung von Qualität, Transparenz und internationale Vergleichbarkeit von Jahresabschlüssen ist.
<b>Internationaler Währungsfonds</b>	Der Internationale Währungsfonds (IWF; englisch: International Monetary Fund, IMF) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen und hat seinen Sitz in Washington, D.C., USA. Zu den Aufgaben des IWF gehören: Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, Ausweitung des Welthandels, Stabilisierung von Wechselkursen, Kreditvergabe, Überwachung der Geldpolitik sowie technische Hilfe. Das Stimmrecht im IWF orientiert sich am Kapitalanteil der Mitgliedsländer. Da die Beschlüsse im IWF mit einer Mehrheit von 85 % getroffen werden müssen, verfügen jeweils die USA allein und die EU-Staaten gemeinsam de facto über eine Sperrminorität. Die Grundlage für den IWF und seiner Schwesterorganisation Weltbank wurde 1944 in der Konferenz von Bretton Woods, USA gelegt.
<b>Investmentbank</b>	Banken, deren Schwerpunkt im Handel mit Wertpapieren, der Unterstützung von Unternehmen bei Kapitalaufnahmen (zum Beispiel Erst Einführung eines Unternehmens an der Börse – Initial Public Offering), Übernahmen und Fusionen sowie der Betreuung anderer Finanzinvestoren (Pensionsfonds, Hedgefonds) liegt. Investmentbanken nehmen keine Spareinlagen entgegen und haben oft auch keinen Zugang zu Zentralbankgeld. Zum Investment-Banking zählt das Design von und der Handel mit Wertpapieren, der Devisenhandel, das Geschäft mit Aktien- und Anleihe-Emissionen am Kapitalmarkt, Beratung bei und Abwicklung Unternehmensübernahmen.
<b>Investment Grade</b>	Ratingeinstufung im Bereich von BBB- oder höher (nach Bewertung der Ratingagenturen S&P und Fitch) bzw. Baa3 oder höher (nach Moody's); Die Kreditqualität von Schuldern oder Wertpapieren mit einem Rating im Investment Grade-Bereich wird als vergleichsweise hoch eingestuft. Siehe auch: „Non-Investment Grade“
<b>IWF</b>	siehe: „Internationaler Währungsfonds“

# Finanzkrise Glossar

<b>Junior Tranche</b>	siehe: „Verbriefung“
<b>Junk Bond</b>	Risikoreiche Unternehmensanleihen mit einem Rating unterhalb BBB.
<b>Kapitalmarkt</b>	Oberbegriff für alle Märkte, auf denen langfristige Kredite und Beteiligungskapital gehandelt werden.
<b>Kernkapitalquote</b>	<p>Die Kernkapitalquote (englisch: Core Capital Quota) ist eine Kennzahl für die Kapitalstruktur von Banken. Sie gibt den Anteil der durch Eigenmittel gedeckten, anrechnungspflichtigen risikotragenden Aktiva, insbesondere Kredite, an.</p> <p>Die Kernkapitalquote wird berechnet, indem man das Kernkapital (damit ist das unmittelbar haftende Eigenkapital gemeint) durch die Summe der Risikoposten (insbesondere Kredite und Wertpapiere) teilt. Die Kernkapitalquote sagt also aus, inwieweit die Risikopositionen durch eigene Mittel gedeckt sind, also wie groß der Risikopuffer der Bank ist. Die Kernkapitalquote ist eine wichtige Kennzahl, um Stabilität und Stärke einer Bank zu beurteilen. Eine Bank mit hoher Kernkapitalquote, kann Verluste besser abfedern. Risikoposten wie Kredite und Vermögenswerte gehen in die Kernkapitalquote gewichtet ein: Wenn eine Bank überwiegend riskante Kredite hat, braucht sie mehr Kernkapital, um auf eine bestimmte Quote zu kommen, als eine Bank, die überwiegend weniger riskante Kredite hat.</p> <p>Es gibt verschiedene Arten der Berechnung der für die Kernkapitalquote relevanten Eigenmittel („Tier-Aggregate“, „tier“ ist englisch für Rang, das Wort wird &lt;tiir&gt; ausgesprochen), die in den Jahresabschlüssen der Kreditinstitute angegeben werden müssen.</p> <p>Tier-1-Kapital (Kernkapital): Stammkapital, Kapitalrücklagen, Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Minderheitsanteile, nicht kumulative Vorzugsaktien und Sonderposten für allgemeine Bankrisiken. Vom Tier-1-Kapital vollständig abzuziehen sind unter anderem der Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte. Die Summe hieraus wird ins Verhältnis gesetzt zu den risikotragenden Aktiva. Der sich hieraus ergebende Prozentsatz ist die Kernkapitalquote.</p> <p>Nicht zum Kernkapital gehören die weiteren Tier-Aggregate: Tier-2-Kapital (Ergänzungskapital): Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren, sonstige Wertberichtigungen für Risiken, kumulative Vorzugsaktien, anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten.</p> <p>Tier-3-Kapital (Dritrangmittel): Als Dritrangmittel werden kurz- bis mittelfristige nachrangige Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens zwei, aber weniger als fünf Jahren angerechnet. Diese dürfen nur zur Unterlegung der Anrechnungsbeträge von Marktrisikopositionen verwendet werden. Hinzugerechnet werden darf der anteilige Gewinn, der bei Glattstellung aller Handelsbuchpositionen entstände (unrealisierter Handelsbuchgewinn).</p> <p>Als Summe aller Tier-Aggregate ergibt sich das aufsichtsrechtliche</p>

# Finanzkrise Glossar

	Eigenkapital.
<b>KfW</b>	siehe: „Kreditanstalt für Wiederaufbau“
<b>Kontrahentenrisiko</b>	Auch: Geschäftspartnerrisiko. Risiko des Ausfalls des Geschäftspartners (Kontrahenten).
<b>Kosteneffizienz</b>	Güte des Einsatzes von Inputfaktoren bei gleichzeitiger Kostenminimierung, um eine gegebene Outputmenge zu produzieren. Dabei wird angenommen, dass die Inputpreise vom Markt vorgegeben werden.
<b>Kredit</b>	In diesem Glossar wird unter Kredit jede Übertragung von Geldkapital an Unternehmen, Privatpersonen oder öffentliche Körperschaften verstanden, die zu einem Schuldner-Gläubiger-Verhältnis führt.
<b>Kreditanstalt für Wiederaufbau</b>	<p>Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), auch: KfW Bankengruppe, ist die größte staatliche deutsche Förderbank. Ihr Hauptsitz ist in Frankfurt am Main. Die Gründung der KfW erfolgte auf Grundlage des „KfW-Gesetzes“ als eine Anstalt öffentlichen Rechts. Die Rechtsaufsicht hat das Bundesministerium der Finanzen. Eigentümer der KfW sind zu vier Fünftel der Bund, zu einem Fünftel die Bundesländer.</p> <p>Die KfW wurde nach dem Zweiten Weltkrieg 1948 mit dem Ziel gegründet, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu finanzieren. Das Startkapital stammte vor allem aus Mitteln des Europäischen Wiederaufbauprogrammes (englisch European Recovery Program oder ERP, umgangssprachlich: „Marshallplan“).</p> <p>Das Geschäftsmodell der KfW umfasst sechs Bereiche: Mittelstandsbank, Privatkundenbank, Kommunalbank, Export- und Projektfinanzierung, Entwicklungshilfe sowie Sonderaufgaben (zum Beispiel hat die KfW im Zuge der Privatisierung der Telekom, der Deutschen Post und von EADS Aktien vom Bund übernommen, die nach und nach verkauft werden).</p> <p><b>Mittelstandsbank:</b> Verbilligte Kredite für Mittelständler und Existenzgründer. Ziel zum Beispiel Beschleunigung der Energiewende.</p> <p><b>Privatkundenbank:</b> Angebote für Privatpersonen und Wohnungsunternehmen. Schwerpunkt ist Förderung des Baus und Ausbaus von energieeffizienten Wohnungen. Auch Darlehen zur Finanzierung von Studium und Ausbildung.</p> <p><b>Kommunalbank:</b> Kreditvergabe für Kommunen, kommunale Unternehmen und soziale Organisationen. Gefördert werden vor allem Infrastrukturinvestitionen sowie Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.</p> <p><b>Export- und Projektfinanzierung:</b> Die KfW-Tochter Ipex vergibt mittel- und langfristige Finanzierungen zur Unterstützung der Exportwirtschaft. Weil sie damit im Wettbewerb zu regulären Banken steht, muss sie sich selbst am Kapitalmarkt refinanzieren.</p> <p><b>Entwicklungshilfe:</b> Die KfW Entwicklungsbank finanziert und fördert im Auftrag der Bundesregierung weltweit Entwicklungsvor-</p>

# Finanzkrise Glossar

	<p>haben. Sie organisiert die finanzielle Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen. Neben Bundesmitteln werden auch KfW-Mittel verwendet. Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) ist als KfW-Tochter für den Aufbau privatwirtschaftlicher Strukturen zuständig und refinanziert sich selbst am Kapitalmarkt.</p> <p><b>Sonderaufgaben:</b> Die KfW hat bei der Privatisierung der Telekom, der Deutschen Post und von EADS Aktien vom Bund übernommen, die nach und nach verkauft werden.</p> <p>Für die Vergabe der KfW-Kredite gilt das Hausbankprinzip. Die Kundin, der Kunde beantragt den Kredit über eine Geschäftsbank. Diese prüft die Bonität und stellt fest, ob die Förderbedingungen erfüllt sind. Ausbezahlt wird ein KfW-Kredit über die Hausbank. Für die Durchleitung bekommt die Hausbank einen Teil der Zinsen, den Rest die KfW. Für die KfW ist das ein ziemlich sicheres Geschäft, weil die Hausbank in der Regel das Ausfallrisiko für den Kunden übernimmt. Die KfW finanziert einen Teil der Kredite über Anleihen, die sie am Kapitalmarkt auflegt. Für viele Programme gibt es auch Gelder aus dem Bundeshaushalt, zum Beispiel für die energetische Gebäudesanierung oder den Ausbau der Kleinkindbetreuung.</p>
<p><b>Kreditausfallswap</b></p>	<p>Ein Kreditausfallswap (englisch: Credit Default Swap – CDS) ist eine Versicherung gegen Zahlungsausfall einzelner Kreditnehmer oder eines Indexes. Mit dem Abschluss eines CDS verpflichtet sich der Sicherungsgeber bei Eintritt eines bestimmten Ereignisses eine Ausgleichszahlung an den Sicherungsnehmer zu leisten; im Gegenzug erhält er vom Sicherungsnehmer eine Prämie. Mit Abschluss eines Kreditausfallswaps verpflichtet sich der Sicherungsgeber gegen eine periodisch zu zahlende Prämie bei Eintritt eines Kreditereignisses (zum Beispiel Zahlungsausfall oder Zahlungsverzug) eine Ausgleichszahlung an den Sicherungsnehmer zu leisten. Die Höhe der CDS-Prämie hängt vor allem von der Bonität des Referenzschuldners, der Definition des Kreditereignisses und der Laufzeit des Vertrags ab.</p> <p>Von ungedeckten („naked“) Kreditausfallversicherungen spricht man, wenn ein Anleger sich gegen den Ausfall einer Forderung versichert, ohne die zu Grunde liegende Forderung zu besitzen. Falls die Forderung ausfällt bekommt der Anleger eine Entschädigung für einen Schaden, den er gar nicht hat.</p>
<p><b>Kreditderivate</b></p>	<p>Kreditderivate sind Finanzinstrumente, die das Kreditrisiko von einem zugrunde liegenden Finanzierungsgeschäft trennen und anschließend dessen isolierte Übertragung an Investoren ermöglichen. Kreditausfallswaps sind die am häufigsten genutzten Kreditderivate.</p>
<p><b>Kreditereignis</b></p>	<p>Kreditereignis (englisch: credit event) bezeichnet den Schadensfall, bei dem ein Schuldner die Ansprüche des Gläubigers aus der Bereitstellung von Kredit nicht mehr erfüllen kann.</p>

# Finanzkrise Glossar

<b>KWG</b>	Gesetz über das Kreditwesen, kurz: Kreditwesengesetz
<b>LBO</b>	siehe: „Leveraged Buyout“
<b>Leerverkauf</b>	<p>Leerverkauf (Blankoverkauf, englisch: short sale) ist der Verkauf einer Ware, eines Währungsbetrages oder eines Wertpapiers, das der Verkäufer zum Verkaufszeitpunkt noch nicht besitzt. Das funktioniert, weil der Handel von Wertpapieren nicht zu einer sofortigen Lieferung der Papiere verpflichtet muss. Der Anleger spekuliert darauf, sich später zu einem niedrigeren Preis mit der nötigen Menge eindecken zu können.</p> <p>Beim ungedeckten oder „nackten“ Leerverkauf (englisch: „naked short sale“) setzt der Investor auf das Sinken eines Aktienkurses, ohne dass er sich die Aktie leiht. Der Investor stellt also nicht sicher, dass ihm das Wertpapier später tatsächlich zur Verfügung steht. Beim ungedeckten Leerverkauf können eine unbegrenzte Zahl Aktien verkauft werden – mehr als eigentlich auf dem Markt sind. Entsprechend stark kann dadurch der Kurs sinken.</p> <p>Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) versteht unter ungedeckten Leerverkäufen jene, bei denen sich der Verkäufer weder Eigentum verschafft noch einen Anspruch auf einen Eigentumsübertrag hat. Ähnlich die Definition der US-amerikanischen Securities and Exchange Commission (SEC), für die ein ungedeckter Leerverkauf vorliegt, wenn der Verkäufer nicht rechtzeitig für Eindeckung sorgt, also in Lieferverzug geraten kann.</p>
<b>Leitzins</b>	Jede Verteuerung ihrer Geldbeschaffung bei der EZB geben die Geschäftsbanken über die Zinssätze für Kredite an ihre Kunden weiter. Der für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte von der EZB festgelegte Zinssatz ist damit der wichtigste Leitzins im Euroraum und hat Einfluss auf sämtliche Zinsen der Banken.
<b>Lender of last resort</b>	„Lender of last resort“ ist die Funktion der Zentralbank eines Landes oder Währungsraums, durch die Bereitstellung von Zentralbankgeld eventuelle Liquiditätsengpässe einer solventen Bank zu überbrücken. Damit kann verhindert werden, dass eine Liquiditätskrise auf andere Banken übergreift.
<b>Leveraged Buyout</b>	Leveraged Buyout (LBO) ist der Kauf von Unternehmen oder Unternehmensteilen durch Private Equity Firmen, wobei der Kaufpreis zu einem großen Anteil mit Fremdkapital beglichen wird. Zins- und Tilgungszahlungen werden in der Regel aus dem zukünftigen Ertrag des übernommenen Unternehmens oder dem Verkauf von Unternehmensteilen finanziert.
<b>Leverage</b>	Hebeleffekt bei der Unternehmensfinanzierung mit dem Ziel der Erhöhung der Eigenkapitalrendite durch die Aufnahme von Fremdkapital. Der Effekt lässt sich nutzen, wenn die Gesamtkapitalrendite höher ist als der Fremdkapitalzins. Der gleiche Effekt lässt sich mit Derivaten erzielen, da hier mit geringem Kapitaleinsatz an der Wertentwicklung des zugrunde liegenden Gutes oder Finanzinstru-

# Finanzkrise Glossar

	<p>ments partizipiert werden kann.</p> <p>Der Hebel wirkt in beide Richtungen: Ist die Gesamtkapitalrendite niedriger als der Fremdkapitalzins, wird die Eigenkapitalrendite nach unten gehandelt.</p> <p>Der Verschuldungsgrad (englisch: debt to equity ratio, Gearing oder Leverage) eines Unternehmens ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl. Er gibt das Verhältnis von bilanziellem Fremdkapital zu Eigenkapital an. Diese Kennzahl spielt eine wichtige Rolle beim Rating von Unternehmen. Je höher der Verschuldungsgrad desto ungünstiger die Kreditbedingungen.</p> <p>Ein hoher Verschuldungsgrad eines Unternehmens führt zu einer hohen Hebelwirkung. Das Unternehmen versucht, durch Aufnahme von Schulden seine Eigenkapitalrendite zu erhöhen (Leverage-Effekt). Das Unternehmen muss laufend hohe Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit erzielen, damit die Fremdkapitalgeber bereit sind, das Unternehmen dauerhaft zu finanzieren.</p>
<b>Leveraged Loans</b>	Kredite, die entweder ein Non-Investment-Grade-Rating von S&P oder Moody's besitzen oder deren Emissionsaufschlag mindestens 150 Basispunkte gegenüber LIBOR beträgt.
<b>LIBOR</b>	siehe: „London Interbank Offered Rate“
<b>Liquiditätslinie</b>	Die Liquiditätslinie (auch Liquiditätsfazilität, englisch: Liquidity Facility) ist die üblicherweise von Kreditinstituten gewährte, jedoch noch nicht in Anspruch genommene Kreditlinie, welche die zukünftige Bereitstellung von Liquidität bis zur Höhe der Linie garantiert.
<b>Liquiditätsrisiko</b>	Risiko, dass bei der Refinanzierung von langfristigen Verbindlichkeiten durch kurzfristige Forderungen die Anschlussfinanzierung nicht oder nur zu hohen Kosten abgeschlossen werden kann (Refinanzierungsrisiko). Weitere Elemente des Refinanzierungsrisikos sind die nicht termingerechte Rückzahlung von Forderungen durch Schuldner (Terminrisiko) sowie der unerwartete Abzug von Einlagen oder die unerwartete Inanspruchnahme von Kreditzusagen (Abrufisiko). Als Liquiditätsrisiko wird auch das Risiko bezeichnet, dass Transaktionen am Finanzmarkt aufgrund mangelnder Marktliquidität nicht oder nur zu schlechter als erwarteten Konditionen abgeschlossen werden können (Marktliquiditätsrisiko).
<b>Living Will</b>	„Living Wills“ sind Abwicklungspläne zur Eindämmung künftiger Finanzkrisen. Große Banken und Versicherungen sollen gezwungen werden, ihr Testament zu machen, so dass nach ihrer Insolvenz durch Abwicklung oder Teilabspaltung leichter über ihre Erbmasse verfügt werden kann. „Living Will“ setzt eine Entflechtung der Unternehmensstruktur voraus. Komplexe, unübersichtliche Unternehmensstrukturen haben oft den Zweck, Steuern und vorgeschriebene Kapitalunterlegungen zu minimieren.
<b>Lobby, Pseudo-Argumente</b>	Pseudo-Argumente der Banken-Lobby Pseudo-Argument: „Die Banken sind in der Lage, ihre Risiken zu

## Finanzkrise Glossar

	<p>berechnen.“ Antwort: Banken-Risiko-Modellen ist es fortlaufend misslungen, Krisen vorherzusagen oder zu verhindern. Seit 1996 dürfen Banken ihre eigenen Risikomodelle verwenden – und ihre Risikoeinschätzungen manipulieren.</p> <p>Pseudo-Argument: „Eigenkapitalregeln müssen differenziert werden.“ Antwort: Je komplizierter die Regeln, desto leichter lassen sich Schlupflöcher finden. Komplizierte Regeln führen zu einem Wettrennen um Komplexität zwischen Banken und Regulierern. Hingegen sind Verstöße gegen einfache Regeln leichter zu entdecken.</p> <p>Pseudo-Argument: „Ein Euro Kapital ist ein Euro weniger, der in der Wirtschaft arbeitet.“ Antwort: Kapital ist keine Rücklage. Kapital kann für die Unternehmenstätigkeit eingesetzt werden.</p> <p>Pseudo-Argument: „Kapital ist teuer und treibt die Kosten der Banken in die Höhe.“ Antwort: Unternehmen können auch ohne Kredite expandieren. Wenn eine Bank nicht in der Lage ist, ihr Eigenkapital zu erhöhen, ist das ein Zeichen dafür, dass mit der Bank etwas nicht stimmt.</p> <p>Resümee: Große Banken können sich exzessive Risiken leisten, weil sie damit rechnen können, im Verlustfall von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern freigekauft zu werden. Sie haben faktisch eine Garantie, gerettet zu werden. Das ist ein Anreiz, exzessive Risiken einzugehen und viel Fremdkapital aufzunehmen. Wenn hohe Risiken hohe Verluste erzeugen, können die Banken den Privatsektor verlassen und eine staatlich geschützte Bank werden.</p> <p><i>[In Anlehnung an: Gigerenzer, Gerd: „Risiko – Wie man die richtigen Entscheidungen trifft“, Bertelsmann, 2013]</i></p>
<p><b>London Interbank Offered Rate</b></p>	<p>Die London Interbank Offered Rate (LIBOR) ist der an jedem Arbeitstag festgelegte Referenzzinssatz im Interbankengeschäft. Es handelt sich um Sätze, welche die wichtigsten international tätigen Banken der British Bankers' Association in London festlegen, zu denen sie am Markt Gelder von anderen Banken aufnehmen beziehungsweise angeboten bekommen.</p> <p>Es gibt zwei Hauptmotive, warum Banker den LIBOR manipuliert haben. Das eine ist der „Schaufenster-Effekt“: Banken versuchten in der Finanzkrise durch die Meldung eines zu niedrigen Libor-Wertes den Eindruck zu erwecken, sie könnten sich günstiger Geld leihen, als das in Wirklichkeit der Fall ist. Dadurch sollen Kunden und Investoren glauben, die Lage der Bank sei besser, als sie tatsächlich ist. Das andere Motiv ist die Habgier von Händlern, die den Zins manipulieren, weil es ihrer Spekulation nutzt. Und zwar mal nach oben und mal nach unten. Dann machen sie Handelsgeschäfte für die Bank, bei denen sie von einem Bonus profitieren. In anderen Fällen arbeiteten die Libor-Melder auch mit Derivate-Händlern aus der jeweiligen Bank zusammen. Diese kaufen zuvor Wertpapiere, die den Charakter einer Wette auf die künftige Entwicklung des Libor hatten. Diese Handelspositionen brachten Gewinne ein, wenn der LIBOR zu einem bestimmten Zeitpunkt eine</p>

# Finanzkrise Glossar

	bestimmte Höhe erreichte.
<b>Marge</b>	Differenz zwischen den Zinssätzen im Kredit- oder Einlagengeschäft einer Bank zu einem Referenzzinssatz.
<b>Margin</b>	Von einem kontoführenden Finanzinstitut verlangte Einlage zur Besicherung von typischerweise gehebelten Handelspositionen, zum Beispiel an den Terminmärkten.
<b>MaRisk</b>	siehe: „Mindestanforderungen an das Risikomanagement“
<b>Marktliquidität</b>	Möglichkeit von Marktteilnehmern, jederzeit großvolumige Transaktionen mit lediglich geringem Preiseffekt durchführen zu können.
<b>Mark-to-Market-Bewertung</b>	siehe: „Bilanzierungsvorschriften“
<b>Mark-to-Model-Bewertung</b>	siehe: „Bilanzierungsvorschriften“
<b>Marktrisiko</b>	Gefahr finanzieller Verluste aufgrund unvorhergesehener Änderungen in den Zinsen, Kursen und Preisen von Finanzinstrumenten.
<b>MBS</b>	siehe: „Mortgage Backed Securities“
<b>Median</b>	Auch: Zentralwert. Statistisches Maß, das eine nach ihrer Größe geordnete Reihe von Beobachtungswerten in zwei gleiche Hälften teilt; die Hälfte der Werte liegen über und die Hälfte unter dem Median.
<b>Mengentender</b>	Tenderverfahren, bei dem der Zinssatz im Voraus von der Zentralbank festgelegt wird und die teilnehmenden Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartner den Geldbetrag bieten, für den sie zum vorgegebenen Zinssatz abschließen wollen.
<b>Mezzanine-Kapital</b>	Sammelbegriff für Finanzierungsarten, die in ihren rechtlichen und wirtschaftlichen Ausgestaltungen eine Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital darstellen. Dabei wird in der klassischen Variante einem Unternehmen wirtschaftliches und/oder bilanzielles Eigenkapital zugeführt, ohne den Kapitalgebern Stimm- oder Einflussnahmerechte bzw. Residualansprüche wie den echten Gesellschaftern zu gewähren. Mezzanine-Kapital kann eigenkapitalähnlich (englisch: Equity Mezzanine) in Form von Genussrechten, wertpapierverbrieften Genuss scheinen oder stillen Beteiligungen gegeben werden. Möglich sind darüber hinaus Wandel- und Optionsanleihen. Mezzanine-Kapital, das in Form von nachrangigen Darlehen oder Gesellschafterdarlehen gewährt wird, besitzt Fremdkapitalcharakter und ist in der Regel bilanziell als Verbindlichkeit zu erfassen (englisch: Debt Mezzanine).
<b>Mindestanforderungen an das</b>	Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sind Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht



# Finanzkrise Glossar

<b>Risikomanagement</b>	(BaFin) für die Ausgestaltung des Risikomanagements bei deutschen Finanzinstituten. Diese in Rundschreiben der BaFin veröffentlichten Vorgaben erfolgen für das Banken- und das Versicherungswesen getrennt: MaRisk (BA) und MaRisk (VA).
<b>Mindesteigenkapitalquote</b>	Die Mindesteigenkapitalquote gibt das Verhältnis des mindestens erforderlichen bilanziellen Eigenkapitals zum Gesamtkapital eines Unternehmens, bzw. bei einer Bank zur Höhe der insgesamt ausgereichten Kredite an. Je geringer die Quote ist, desto gefährdeter ist ein Institut und umso größer ist das Risiko für die Gläubiger, Kreditausfälle erleiden zu müssen.
<b>Mindestreserve</b>	Die Mindestreserve ist die gesetzlich vorgeschriebene Mindesteinlage von Geschäftsbanken bei der Zentralbank. Die Mindestreserve ist ein geldpolitisches Instrument der Zentralbanken zur Steuerung der Nachfrage der Geschäftsbanken nach Zentralbankgeld. Sie wird von der Zentralbank festgelegt in Prozent der Einlagen der Kunden der jeweiligen Geschäftsbank. Die Mindestreserve wird verzinst. Aktiv-Mindestreserven wären Reserven für verschiedene Typen von Vermögenswerten (vor allem Kredite) der Banken, Hedgefonds etc. Diese Reserven in Form sicherer, aber unrentabler Einlagen bei der Zentralbank stünden in der Bilanz der Institute auf der Aktivseite und würden einen Boom bremsen. Aktiv-Mindestreserven ließen sich gezielt nach der Vermögensklasse staffeln. Beispiel: Eine hohe Reservepflicht auf Immobilienkredite könnte einen Immobilienboom bremsen, ohne die Vergabe von Investitionskrediten zu drosseln. Das Instrument der Aktiv-Mindestreserve wurden in den 1970er-Jahren in der BRD diskutiert – damals als industriepolitisches Instrument: Mit einer vergleichsweise niedrigen Reservepflicht in bestimmten Sektoren der Wirtschaft würde sich dort die Kreditvergabe gezielt anschieben lassen.
<b>monetäre Lockerung</b>	siehe: „Quantitative Easing“
<b>Monoliner</b>	Auch: Monoline Insurer. Anleiheversicherer, die sich auf die Absicherung von Kreditrisiken spezialisiert haben. Anleiheversicherer geben institutionellen Anlegern wie Pensionsfonds oder Versicherungen eine Ausfallgarantie auf von ihnen gehaltene Anleihen und erhalten dafür eine Risikoprämie. Der Anleiheversicherer übernimmt damit das Adressrisiko der Anleihe. Wird ihr Nominal bei Fälligkeit nicht vom Emittenten zurückgezahlt, zahlt der Anleiheversicherer. Basis des Geschäftsmodells ist die Kreditwürdigkeit der Anleiheversicherer. Viele institutionelle Anleger dürfen nur in Anleihen höchster Bonität (Rating AAA) investieren. Die Anleiheversicherer ermöglichen diesen Anlegern auch Anleihen schlechterer Bonität in die Bücher zu nehmen. Durch die Ausfallgarantie wird die Anleihe nicht mehr mit dem Risiko des Emittenten sondern dem Rating des Anleiheversicherers bewertet. Deshalb funktioniert das Geschäftsmodell des Anleiheversicherers nur, wenn er selbst bestmöglich (also AAA) bewertet wird.

# Finanzkrise Glossar

<b>Moral hazard</b>	Moral hazard ist die englische Bezeichnung für moralisches Wagnis. Gemeint ist das Risiko, dass eine Person oder Organisation sich unmoralisch oder unachtsam verhält, weil eine Versicherung, ein Gesetz, der Staat oder eine andere Institution Verluste übernimmt, die sonst die Person oder Organisation selbst tragen müsste.
<b>Mortgage Backed Securities</b>	Mortgage Backed Securities (MBS) sind Wertpapiere, die durch einen Pool von Hypothekendarlehen gedeckt sind. Sie werden nach Art der zugrunde liegenden Darlehen in CMBS und RMBS unterschieden. Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS) sind MBS, die durch Hypothekendarlehen gedeckt sind, die zur Finanzierung gewerblicher Immobilien gewährt wurden. Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) sind MBS, die durch Hypothekendarlehen gedeckt sind, die zur Finanzierung privater Wohnimmobilien gewährt wurden. Siehe auch: „Verbriefung“
<b>Niederstwertprinzip</b>	Das Niederstwertprinzip besagt, dass eine Bewertung der einzelnen Bilanzposten stets nach dem Grundsatz der Vorsicht durchgeführt werden soll. Während das Vermögen möglichst niedrig veranschlagt werden soll, müssen Schulden möglichst hoch ausgewiesen werden.
<b>NIPA</b>	National Income and Product Accounts, US-amerikanische Volkswirtschaftsstatistik.
<b>Non-Investment Grade</b>	Rating-Einstufung im Bereich unterhalb von BBB- (nach Bewertung der Ratingagenturen S&P und Fitch) beziehungsweise BaaB (nach Moody's); Schuldner oder Wertpapiere mit einem Rating im Non - Investment Grade Bereich werden als spekulativ eingestuft, die Wertpapiere auch als Hochzinspapiere (High Yield Bonds) bezeichnet.
<b>Nonperforming loans</b>	siehe: „Notleidende Kredite“
<b>Notleidende Kredite</b>	Notleidende Kredite (englisch: Nonperforming loans) sind Kredite, deren vollständige Rückzahlung ungewiss ist. In Deutschland werden hierunter Kredite mit Einzelwertberichtigungsbedarf verstanden.
<b>Offenmarktpolitik</b>	Offenmarktpolitik bezeichnet Geschäfte der Europäischen Zentralbank und der nationalen Notenbanken der EU-Staaten, die dazu dienen, die Zinssätze und die Geldmenge zu beeinflussen. Dabei tauschen Zentralbanken mit den Geschäftsbanken Forderungen, Wertpapiere oder Edelmetalle. Im Falle des Verkaufs entziehen die Notenbanken dem Markt Geld, wenn sie kaufen, vermehrt sich die im Umlauf befindliche Geldmenge.
<b>Offshore-Finanzzentren</b>	Als Offshore-Finanzzentren werden internationale Finanzplätze bezeichnet, an denen Banken vornehmlich oder ausschließlich mit Gebietsfremden ihre Geschäftstätigkeit ausüben.

# Finanzkrise Glossar

<b>OMT</b>	siehe: „Outright Monetary Transactions“
<b>Outright Monetary Transactions</b>	„Outright Monetary Transactions (OMT) ist ein Aufkaufprogramm für Staatsanleihen, mit dem die Europäische Zentralbank (EZB) gegebenenfalls in Not geratene Staaten unterstützen will. Im Rahmen ihrer Geldpolitik darf die EZB Staatsanleihen am Markt kaufen – aber nur auf dem Sekundärmarkt, also nicht direkt von den jeweiligen Staaten. Das Besondere am OMT-Programm ist, dass gezielt Anleihen von Ländern gekauft werden sollen, die am Markt als besonders risikoreich gelten. Dies führt zu einer Umverteilung von staatlichen Solvenzrisiken, die Gründung der Währungsunion ausgeschlossen wurde. Siehe auch: „Quantitative Easing“
<b>Operative Erträge</b>	Summe des Zins-, Provisions- und Handelsergebnisses einer Bank.
<b>Operatives Ergebnis</b>	Operative Erträge abzüglich Verwaltungsaufwand einer Bank.
<b>Optionen</b>	Das Recht, aber nicht die Pflicht, ein bestimmtes Gut in der Zukunft zu einem festgesetzten Preis entweder zu kaufen oder zu verkaufen.
<b>Originate-to-distribute-Modell</b>	Geschäftsmodell, bei dem Kredite vergeben werden, um sie unmittelbar an den Kapitalmarkt weiterzugeben. Das Originate-to-distribute-Modell verbindet das klassische Bankkreditgeschäft mit Formen des Asset- und Risikotransfers. Ausgereichte Kredite werden von vornherein zur Bündelung und Weitergabe (zum Beispiel durch Verbriefungen) vorgesehen und nur für eine Übergangsphase in der Bankbilanz gehalten.
<b>Originator</b>	Ursprünglicher Gläubiger der Forderungen. Bei Kreditforderungen die Bank, die die Kredite vergeben hat.
<b>OTC</b>	siehe: „Over the Counter“
<b>Over the Counter</b>	Over the Counter (OTC) bezeichnet Finanzmarktgeschäfte, die nicht über eine Börse abgewickelt werden, sondern direkt zwischen zwei Vertragspartnern. Beispiel: „Maßgeschneiderte“ Derivate oder andere Wertpapiere, über deren Vertragsausgestaltung es keine öffentlich zugänglichen Informationen gibt.
<b>OTC-Derivate-Markt</b>	Markt, auf dem Derivate direkt zwischen zwei Parteien, das heißt ohne Einschaltung einer Börse gehandelt werden.
<b>Pensionsgeschäft</b>	Bei einem Pensionsgeschäft einigt sich die Zentralbank im Rahmen ihrer Offenmarktpolitik mit den jeweiligen Banken auf eine Rückkaufverpflichtung der Wertpapiere oder Edelmetalle. Die Partner bei den Wertpapierpensionsgeschäften sind nur Kreditinstitute, die der Mindestreservepflicht unterliegen, wobei die Geschäfte im Ausschreibungsverfahren angeboten werden.
<b>Pfandbrief</b>	siehe: „Covered Bond“
<b>Ponzi-Finanzierung</b>	Ponzi-Finanzierung bezeichnet Kredite, bei denen nicht nur die

# Finanzkrise Glossar

	<p>Tilgung, sondern auch ein Teil oder die gesamten Zinszahlungen durch jeweils neue Kredite finanziert werden. Der Name geht auf den italienischen Geschäftsmann Charles Ponzi zurück, der Anfang des 20. Jahrhunderts in den USA und Kanada lebte. Ponzi betrieb ein finanzielles Schneeballsystem, durch das viele Anlegerinnen und Anleger ihr Vermögen verloren.</p>
<b>Primärüberschuss</b>	<p>Vereinfacht: Staatliches Plus bei Ausklammerung der Zinsausgaben. Genauer: Positive Differenz von Primäreinnahmen und Primärausgaben. Die Primäreinnahmen ergeben sich als Differenz aus den Einnahmen des Staates abzüglich Erlöse aus der Veräußerung von Vermögen, die Primärausgaben aus den Ausgaben abzüglich Zinsausgaben.</p> <p>Ein Primärüberschuss bedeutet, dass nicht nur die Kernaussgaben eines Staates durch die Einnahmen gedeckt sind, sondern zumindest teilweise auch seine Zinsausgaben.</p> <p>Wie hoch muss der Primärüberschuss sein, um die Verschuldungsquote eines Staates konstant zu halten? Die Antwort liefert die Formel</p> $p = d (i - g)$ <p>Danach muss der Primärüberschuss in Prozent des nominalen Bruttoinlandsproduktes (p) dem Produkt aus Verschuldungsquote (d) mit der Differenz aus Nominalzins (i) und nominalem Wirtschaftswachstum (g) entsprechen.</p> <p>Beispiel: Bei einer Verschuldungsquote (d) von 60 %, einem Nominalzins (i) von 5 % und einem nominalem Wirtschaftswachstum (g) von 2 % ergibt sich ein Primärsaldo (p) von 1,8 %, bei dem die Verschuldungsquote konstant bleibt. Steigt die Verschuldungsquote von 120 %, steigt der notwendige Primärsaldo auf 3,6 %. Steigende Zinsen erfordern einen noch höheren Primärüberschuss. Sinkt zusätzlich das Wirtschaftswachstum, verschärft sich das Problem.</p>
<b>Prime broker</b>	<p>Prime broker sind Finanzinstitute, die Hedgefonds Dienstleistungen verkaufen. Diese Dienstleistungen umfassen die Handelsabwicklung, die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren, die Wertpapierleihe, die Gewährung von (besicherten) Krediten sowie das Berichtswesen über Handelspositionen und deren Wertentwicklung.</p>
<b>Principal-Agent-Problem</b>	<p>Der „Agent“ handelt im Auftrag des „Prinzipals“ (Auftraggeberin oder Auftraggeber, also zum Beispiel: Bürgerinnen und Bürger, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, Aktionärinnen und Aktionäre). Grundlage der Principal-Agent-Theorie ist die Annahme, dass der Agent besser informiert ist als der Prinzipal. Der Agent hat einen Anreiz, seinen Wissensvorsprung zur Verfolgung eigener Ziele auszunutzen. Diese Ziele können den Zielen des Prinzipals widersprechen. Außerdem besteht die Gefahr, dass der Agent höhere Risiken eingeht, als vom Prinzipal gewünscht.</p>
<b>Private equity</b>	<p>Private equity bezeichnet Beteiligungskapital, das private Gesell-</p>

# Finanzkrise Glossar

	<p>schaften meist in nicht-börsennotierte Unternehmen investieren. Ziel ist die Restrukturierung und der anschließende Verkauf, häufig durch einen Börsengang.</p>
<b>Private Equity Fonds</b>	<p>Private Equity Fonds sammeln Gelder von Anlegern ein und kaufen damit Unternehmensanteile, um nach der Investitionsphase von meist zwei bis acht Jahren beim zum Ausstieg (englisch: Exit) einen so hohen Gewinn wie möglich zu erzielen. Falls der Private Equity Fonds nicht in der Zwischenzeit pleite gegangen ist, wird der Gewinn nach Abzug eines hohen Anteils für die Fonds-Manager (Carried Interest) und einer Verwaltungsgebühr an die Anleger ausgeschüttet.</p>
<b>Quantil</b>	<p>Statistisches Maß, das eine nach ihrer Größe geordnete Reihe von Beobachtungswerten so aufteilt, dass <math>p</math> % der Beobachtungen kleiner oder gleich dem <math>p</math>-%-Quantil sowie <math>(1-p)</math> % der Beobachtungen größer oder gleich dem <math>p</math>-%-Quantil sind.</p>
<b>quantitative Lockerung</b>	<p>siehe: „Quantitative Easing“</p>
<b>Quantitative Easing</b>	<p>Quantitative Easing (quantitative oder monetäre Lockerung) bezeichnet eine Geldpolitik, die eine Zentralbank anwendet, wenn der Zinssatz der Zentralbank bereits nahe bei Null liegt und die Zentralbank weiterhin eine expansive Geldpolitik anstrebt. Im Rahmen von Quantitative Easing kauft die Zentralbank Staats- und Unternehmensanleihen, um Staat und Wirtschaft zusätzlich mit Geld zu versorgen. Im europäischen Kontext gilt Quantitative Easing eher vereinbar mit dem Mandat der Europäischen Zentralbank als Outright Monetary Transactions (OMT), weil Quantitative Easing nicht nur Anleihen einzelner Krisenstaaten umfasst. Siehe auch: „Outright Monetary Transactions“</p>
<b>Rating</b>	<p>Ratings sind Meinungsäußerungen über Kreditrisiken. Ratings schätzen ein, ob mit Wertpapieren zusammenhängende zukünftige Zahlungsströme pünktlich und vollständig eintreffen werden. Rating-Agenturen sind private Dienstleistungsunternehmen. Die wichtigsten Rating-Agenturen sind Standard &amp; Poors (S&amp;P), Moody's und Fitch. Ratings werden meist durch Buchstaben ausgedrückt. AAA („Triple A“) steht dabei für die beste Bewertung (nahezu kein Kreditausfallrisiko). Die schlechteste Bewertung ist 0 (Zahlungsunfähigkeit der Wirtschaftseinheit).</p>
<b>Real Time Gross Settlement</b>	<p>Real Time Gross Settlement (RTGS) bezeichnet ein Zahlungssystem, in dem jede einzelne Zahlung in Echtzeit disponiert und bei vorhandener Deckung sofort unwiderruflich ausgeführt wird. RTGS plus ist ein von der Deutschen Bundesbank betriebenes RTGS-System mit liquiditätssparenden Elementen für die Abwicklung zeitkritischer Individualzahlungen, das neben nationalen Zahlungen auch grenzüberschreitende Euro-Zahlungen im Rahmen des ESZB-Individualzahlungssystems TARGET abwickelt und derzeit rund</p>

# Finanzkrise Glossar

	170 direkte Teilnehmer zählt.
<b>Re-Remic</b>	Resecuritization of existing Residential mortgage backed securities Siehe auch: „Verbriefung“
<b>Repo-Geschäft</b>	Repo ist die Abkürzung von Securities Repurchase Agreement: Eine befristete Transaktion, bei der ein Geschäftspartner Wertpapiere verkauft (Pensionsgeber) und sich zugleich verpflichtet, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zum vereinbarten Preis vom anderen Geschäftspartner (Pensionsnehmer) wieder zurückzukaufen. Bezogen auf Geschäftsbanken ist Repo eine regelmäßige Auktion, mit deren Hilfe eine Zentralbank kurzfristiges Geld den Banken zur Verfügung stellt. Der Repo-Satz ist der Zinssatz für diesen Kredit. Technisch funktioniert ein Repo so, dass die Zentralbank den Banken Wertpapiere abkauft, die bestimmte Bedingungen erfüllen müssen und die nach Ablauf des Repo-Geschäfts an die Banken zurückverkauft werden, abgezinst mit dem Repo-Satz.
<b>Residential Mortgage Backed Securities</b>	siehe: „Mortgage Backed Securities“
<b>Retail</b>	„Retail“ ist das Segment der Privat- und Kleingeschäftskundinnen und -kunden (im Unterschied zu Wholesale, dem Segment der Großkundinnen und -kunden). Im Retailgeschäft werden Privatkundinnen und -kunden standardisierte Finanzprodukte verkauft.
<b>Return on Equity</b>	siehe: „Eigenkapitalrendite“
<b>Risikoprämie</b>	Die Risikoprämie soll den Investor für die Übernahme eines Risikos belohnen: Aktienrisikoprämie am Aktienmarkt, Laufzeitprämie am Rentenmarkt, Kreditrisikoprämie am Markt für Unternehmensanleihen. Die Kreditrisikoprämie (auch Anleihe-Spread oder Zinsaufschlag) soll ein gegenüber Staatsanleihen bester Bonität höheres Kreditausfallrisiko sowie gegebenenfalls auch eine geringere Liquidität dieser Papiere ausgleichen.
<b>Risikoprofil</b>	Verhältnis der risikogewichteten Aktiva zur Summe der Aktiva.
<b>Risikovorsorge</b>	Nettoaufwand aus Abschreibungen, Wertberichtigungen und Rückstellungen, die im Rahmen der Bewertung von Krediten, Forderungen und Wertpapieren einer Bank gebildet werden.
<b>RMBS</b>	siehe: „Mortgage Backed Securities“
<b>RoE</b>	siehe: „Eigenkapitalrendite“
<b>RTGS</b>	siehe: „Real Time Gross Settlement“
<b>Schaden-Kosten-Quote</b>	Verhältnis zwischen Prämieinnahmen einerseits und Aufwendungen für Schäden, Verwaltung und Abschlusskosten andererseits bei einem Versicherungsunternehmen.

# Finanzkrise Glossar

<p><b>Schattenbankensystem</b></p>	<p>Der Financial Stability Board (FSB) definiert das Schattenbankensystem als „Kreditintermediation, in welche Akteure und Aktivitäten von außerhalb des regulären Bankensystems involviert sind“.</p> <p>Akteure des Schattenbankensystems sind: Geldmarktfonds, Finanzierungs- und Verbriefungsgesellschaften, Broker/Dealer, Kreditversicherer, Hedgefonds.</p> <p>Das Schattenbankensystem – auch bezeichnet als „other financial intermediaries“ – ist eine wichtige Quelle zur Refinanzierung von Banken. Risiken durch das Schattenbankensystem entstehen insbesondere, wenn Fristen- oder Liquiditätstransformation betrieben wird, also kurzfristig fällige Gelder zu längeren Fristen beziehungsweise in weniger liquide Aktiva investiert werden. Ziehen Investoren aufgrund eines Vertrauensverlusts ihre Gelder ab, kann das im gesamten Finanzsystem zu Liquiditätsengpässen führen. Ein Risikofaktor ist dabei auch das Verhältnis von Eigenkapital und Verschuldung, also die Hebelung. Je höher die Hebelung, umso weniger Eigenkapital steht für eine etwaige Verlustdeckung zur Verfügung. Solche Finanzierungsbeziehungen sind daher besonders anfällig für einen plötzlichen Rückzug von Investoren.</p> <p>Ansätze zur Regulierung des Schattenbankensystems können in zwei Gruppen eingeteilt werden: direkte Regulierung von Akteuren und Aktivitäten und indirekte Regulierung über ihre Verbindungen zum Bankensektor. In die erste Kategorie fällt die Regulierung von Geldmarktfonds, Hedgefonds, Wertpapierhandelsfirmen, Verbriefungen, Wertpapierleih- und Repogeschäften. Die indirekte Regulierung des Schattenbankensystems setzt an dessen Verbindungen zum Bankensektor und konkret an der Bankenregulierung an.</p>
<p><b>Schneeballsystem</b></p>	<p>Schneeballsystem ist ein Geschäftsmodell, das zum Funktionieren eine ständig wachsende Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern braucht. Scheingewinne entstehen dadurch, dass neue Teilnehmer einsteigen und Geld investieren.</p>
<p><b>Securitisation</b></p>	<p>siehe: „Verbriefung“</p>
<p><b>Senior Tranche</b></p>	<p>siehe: „Verbriefung“</p>
<p><b>Short-Position</b></p>	<p>Durch Verkauf eines (noch) nicht in seinem Eigentum befindlichen Wertpapiers (Leerverkauf) geht der Verkäufer eine Short-Position ein. Er setzt auf fallende Kurse und spekuliert darauf, dieses Papier zu einem späteren Zeitpunkt günstiger zurückzukaufen und den Differenzbetrag zwischen Verkaufs- und Rückkaufspreis einbehalten zu können.</p>
<p><b>Short Sale</b></p>	<p>siehe: „Leerverkauf“</p>
<p><b>Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication</b></p>	<p>Die Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) ist eine von Banken gegründete genossenschaftliche Institution mit Sitz in Belgien, die ein Kommunikationsnetz betreibt, das vor allem von Finanzinstituten dazu genutzt wird, weltweit Informationen auszutauschen, insbesondere Zahlungsnachrichten und</p>

# Finanzkrise Glossar

	Wertpapierhandelsinformationen.
<b>SoFFin</b>	siehe: „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“
<b>Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung</b>	Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) ist ein vom Deutschen Bundestag im Oktober 2008 gegründeter Fonds zur Stabilisierung des Finanzsektors. Dem Fonds stehen verschiedene Instrumente (Garantiegewährung, Rekapitalisierung, Risikoübernahme) zur Verfügung, die Finanzinstituten für eine begrenzte Zeit erlauben, ihr Eigenkapital zu stärken und Liquiditätsengpässe zu beheben.
<b>Sovereign Wealth Fonds</b>	Staatsfonds; meist ausgestattet mit Währungsreserven der Zentralbank oder Einnahmen aus Rohstoffverkäufen.
<b>Special Purpose Vehicle</b>	siehe: „Zweckgesellschaft“
<b>Speculative Grade</b>	siehe: „Non-Investment Grade“
<b>Spread</b>	Renditeaufschlag von Unternehmen oder Staaten mit höherem Kreditrisiko gegenüber liquiden Staatsanleihen bester Bonität mit gleicher Laufzeit.
<b>SPV</b>	siehe: „Zweckgesellschaft“
<b>Squeeze-out</b>	Zwangsweiser Ausschluss von Minderheitsaktionärinnen und -aktionären aus einer Aktiengesellschaft gegen Zahlung einer Abfindung. Das Aktiengesetz ermöglicht ein Squeeze-out, wenn eine Aktionärin, ein Aktionär direkt oder über von ihr/ihm abhängige Unternehmen mindestens 95 % des Grundkapitals einer Aktiengesellschaft hält.
<b>Stresstest</b>	In Stresstests werden die Auswirkungen extremer Marktentwicklungen simuliert. Die Deutsche Bundesbank führt regelmäßig Makrostresstests durch, indem sie mit Hilfe eines ökonomischen Modells für verschiedene Szenarien die Entwicklung des Kreditrisikos und des Zinsergebnisses prognostiziert. Bei Mikrostrusstests (wie dem Marktrisikostresstest) wird eine Auswahl von Banken gebeten, auf Basis vorgegebener Szenarien die Marktwertveränderungen ihrer eingegangenen Positionen in Prozent des haftenden Eigenkapitals zu ermitteln.
<b>strukturierte Finanzinstrumente</b>	Strukturierte Finanzinstrumente kombinieren Finanzinstrumenten wie Derivate, Wertpapiere oder andere Forderungen zu einem neuen Anlageprodukt. Beispiel: CDOs, deren Hauptmerkmale die Bildung eines Pools von Aktiva, die Aufteilung der Ansprüche auf die Zahlungsströme aus dem Forderungspool in verschiedene Tranchen mit unterschiedlichen Risiko-Ertrags-Profilen sowie das Trennen des Kreditrisikos des Sicherungspools vom Risiko des Arrangeurs – üblicherweise durch eine Zweckgesellschaft – sind.



# Finanzkrise Glossar

<b>Subprime-Kredit</b>	Ein Subprime-Kredit ist ein Darlehen an Schuldnerinnen und Schuldner mit geringer Bonität.
<b>systemrelevante Banken</b>	Das Financial Stability Board (FSB) erstellt und aktualisiert eine Liste mit Banken, die bezogen auf die ganze Welt systemrelevant sind. Ziel der Liste ist es, Banken zu benennen, die bei ihrer Schiefelage die Stabilität des gesamten Finanzsystems gefährden würden. Diese Banken sollen besondere Anforderungen erfüllen, zum Beispiel eine höhere Eigenkapitalquote, Abwicklungspläne.
<b>Swap</b>	siehe: „Zinsswap“
<b>SWIFT</b>	siehe: „Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication“
<b>syndizierter Kredit</b>	Auch: Konsortialkredit. Wird von mehreren Banken gemeinsam gewährt, wobei eine oder mehrere Banken die Federführung übernehmen.
<b>Synthetische Verbriefungen</b>	siehe: „Verbriefung“
<b>TARGET</b>	siehe: „Trans-European Automated Realtime Gross Settlement Express Transfer“
<b>TED Spread</b>	Der TED Spread (TED = Treasury Bill Eurodollar Difference) ist die Differenz zwischen der Rendite für den Dreimonats-LIBOR und der Rendite für US-amerikanische Dreimonats-Schatzwechsel (T-Bills). Der Dreimonats-LIBOR ist der täglich festgelegte Referenzzinssatz im Interbankengeschäft. Er beschreibt den Zinssatz, zu dem sich Banken untereinander Geld leihen. Der TED Spread zeigt an, in welche Richtung sich die von den Banken gehaltene Liquidität verändert. Der TED Spread ist ein Stimmungsbarometer für das Vertrauen der Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer in das Bankensystem. Steigt die Liquidität, steigt auch das Angebot am Geldmarkt, wodurch der Spread zurückgeht. Steigt dagegen der Spread an, ist dies auf einen Rückgang der Liquidität zurückzuführen. Sind die Investorinnen und Investoren über die weitere Entwicklung der Märkte besorgt, werden Anlagen in Eurodollar, Aktien und Fonds verkauft und Staatspapiere gekauft.
<b>Tender</b>	Die Europäische Zentralbank (EZB) bietet den Geschäftsbanken im monatlichen Rhythmus Zentralbankgeld mit einer Laufzeit von drei Monaten an. Die Vergabe erfolgt gegen Abgabe eines Zinsgebots durch die Geschäftsbanken (Zinstender). Tender ermöglichen den Geschäftsbanken eine längerfristige Versorgung mit Zentralbankgeld zur Basisrefinanzierung und ergänzen damit die in der Laufzeit kürzeren Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Die Geschäftsbanken können bei Bedarf wöchentlich ihre Zins- oder Mengengebote abgeben und sich dadurch zeitlich befristet Zentralbankgeld bei der

# Finanzkrise Glossar

	EZB beschaffen. Dafür müssen sie jedoch Sicherheiten in Form von Wertpapieren bei der EZB hinterlegen.
<b>Tobin-Steuer</b>	siehe: „Finanztransaktionssteuer“
<b>Tranchen</b>	Kennzeichen bestimmter strukturierter Finanzinstrumente (zum Beispiel CDOs). Unterschieden wird die First-Loss-Tranche (auch Equity-Tranche), die als erste Tranche Ausfälle von Forderungen aus dem Sicherungspool trägt, die Mezzanine-Tranche und die Senior-Tranche, die zuletzt in Anspruch genommen wird.
<b>Trans-European Automated Realtime Gross Settlement Express Transfer</b>	<p>Das Trans-European Automated Realtime Gross Settlement Express Transfer (TARGET) ist ein Zahlungsverkehrssystem der europäischen Notenbanken. TARGET ist notwendig, weil nicht die EZB selbst, sondern rechtlich selbstständige nationale Notenbanken den Zahlungsverkehr zwischen den Banken abwickeln.</p> <p>Über das TARGET-System fließen Geldströme zwischen Zentralbanken im Euroraum. Zugleich bilden sich hier Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte ab. Negative Salden von Euro-Ländern sind zum Teil durch ihre Leistungsbilanzdefizite (mehr Import als Export) begründet. Vor der Finanzkrise wurden Importüberschüsse vor allem durch private Kapitalflüsse von Banken finanziert. In der Finanzkrise trocknete dieser Kapitalfluss aus, die TARGET-Salden stiegen. Auch Kapitalflucht führt in Krisenländern mit Euro-Währung zu steigenden negativen TARGET-Salden.</p> <p>TARGET setzt sich aus 16 RTGS-Systemen (Real Time Gross Settlement) von EU-Mitgliedstaaten (darunter alle, die den Euro als Währung eingeführt haben) und der EZB zusammen. Die beteiligten RTGS-Systeme sind durch den „Interlinking“-Mechanismus miteinander verbunden, so dass eine unmittelbare Abwicklung grenzüberschreitender Überweisungen ermöglicht wird.</p>
<b>Troika</b>	Die Troika ist ein Gremium, das aus Vertretern der Europäischen Zentralbank, des Internationalen Währungsfonds und der EU-Kommission besteht. Die Troika führt Verhandlungen mit Mitgliedsländern der Euro-Gruppe, bei welchen der Staatshaushalt in Schieflage geraten ist.
<b>True-Sale-Verbriefungen</b>	siehe: „Verbriefung“
<b>Umlaufrendite</b>	Die Umlaufrendite spiegelt das Zinsniveau des Kapitalmarktes wider. Sie ist die durchschnittliche Rendite aller im Umlauf befindlichen, inländischen festverzinslichen Wertpapiere (Anleihen) erster Bonität, also vor allem von Staatsanleihen. Für Deutschland wird die Umlaufrendite von der Deutschen Bundesbank ermittelt. Dabei werden auch die Renditen nach Emittenten (öffentliche Hand, Banken etc.) sowie Restlaufzeiten gruppiert veröffentlicht. Nicht auf Euro lautende Anleihen werden nicht berücksichtigt.
<b>Underwriter</b>	Eine Partei, die gegen Zahlung einer Gebühr Risiken übernimmt.

# Finanzkrise Glossar

	Auf Kapitalmärkten ist dies beispielsweise ein Wertpapierhändler, der sich verpflichtet, eine Wertpapieremission ganz oder teilweise zu einem bestimmten Preis zu kaufen. Er übernimmt somit das Risiko, dass die Papiere nicht vollständig am Markt platziert werden können.
<b>United States Generally Accepted Accounting Principles</b>	United States Generally Accepted Accounting Principles (US-GAAP; deutsch: Allgemein anerkannte Rechnungslegungsgrundsätze der Vereinigten Staaten) sind vom Financial Accounting Standards Board (FASB) verfasste amerikanische Rechnungslegungsnorm mit dem Ziel, Informationen über die wirtschaftliche Lage und zukünftigen Erfolgchancen eines Unternehmens für externe Investorinnen und Investoren zur Verfügung zu stellen. Innerhalb der USA spricht man nur von GAAP. GAAP wird [gääp] ausgesprochen.
<b>Universalbank</b>	Banken die sowohl im Einlagen- und Kreditgeschäft als auch im Investmentbanking (Wertpapierhandel auf eigene und fremde Rechnung, Betreuung von Unternehmensübernahmen und -fusionen) engagiert sind.
<b>US-GAAP</b>	siehe: „United States Generally Accepted Accounting Principles“
<b>VaR</b>	siehe: „Value at Risk“
<b>Value at Risk</b>	Value at Risk (VaR) ist ein Risikomessgröße, die den prognostizierten Maximalverlust eines Portfolios für eine festgelegte Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) in einem vorgegebenen Zeitraum (Haltedauer) angibt. Der VaR dient als Risikosteuerungsinstrument, indem VaR-Limite gesetzt werden, die nicht überschritten werden dürfen.
<b>Verbriefung</b>	Verbriefung (englisch: securitisation) ist die Bündelung von Forderungen zu handelbaren Wertpapieren und anschließender Verkauf über den Kapitalmarkt. Durch Verbriefungen werden in der Bilanz gebundene, illiquide Aktiva (Forderungen), die einen regelmäßigen Zahlungsstrom generieren, in Liquidität umgewandelt. Die Forderungen werden an eine Emissionsgesellschaft (Zweckgesellschaft) rechtswirksam verkauft, die handelbare Wertpapiere am Markt zur Refinanzierung begibt. Die Portfolios sind in der Regel nach Risikoklassen strukturiert und die einzelnen Tranchen mit unterschiedlichen Ratings versehen. Unterschieden werden Verbriefungstransaktionen mit („True-Sale-Verbriefungen“) und ohne („synthetische Verbriefungen“) Forderungsübertrag. Bei synthetischen Verbriefungen werden durch den Einsatz von Kreditderivaten nur die Ausfallrisiken der Kreditforderungen, nicht jedoch die Forderungen an sich auf eine Zweckgesellschaft übertragen. Der Originator behält bei dieser Art der Verbriefungen die Kreditforderungen in seiner Bilanz. Der Risikotransfer geschieht meist durch Kreditausfallswaps, kann aber auch durch Garantien und Bürgschaften erreicht werden. Bei True-Sale-Verbriefungen können die verkauften Kre-

# Finanzkrise Glossar

	<p>ditforderungen aus der Bilanz ausgebucht werden, wenn die Risiken und Chancen dieser Forderungen an Dritte übergegangen sind. Anleihen, die bereits mit Hypotheken besichert sind, können auch wiederverbrieft werden, Beispiel Re-Remic (Resecuritization of existing Residential mortgage backed securities): Durch Aufspaltung und Neuzusammensetzung mit dann zwei separaten Tranchen erhält der größere Teil einer herabgestuften Anleihe, die „Senior Tranche“, wieder eine „AAA“-Bestbewertung (diese Technik wird auch als „CDO squared“ und „CDO cubed“ bezeichnet). Die Herabstufung wird im Ergebnis für einen großen Teil der alten Anleihe aufgehoben. Der kleinere Teil, die „Junior Tranche“ (auch „First Loss Piece“, „Equity Piece“) bekommt ein deutlich schlechteres Rating. Vorteil für die Eigentümerinnen und Eigentümer der Ursprungs-Anleihe: geringerer Abschreibungsbedarf als ohne Neuverbriefung. Technik: Die „Senior Tranche“ erhält ein „AAA“-Rating, obwohl sich die Qualität der zugrundeliegenden Kredite nicht verbessert hat. Die „Junior Tranche“ bekommt ein schlechteres Rating, zum Beispiel „C“. „Junior Tranchen“ werden zum Beispiel an hochspekulative Hedgefonds verkauft. Begründung für das Best-Rating der „Senior Tranche“: Künftige Wertverluste der unterliegenden Kredite gehen zunächst zulasten der „Junior Tranche“. Die Eigentümerinnen und Eigentümer des „AAA“-Teils sind zumindest zunächst gegen Verluste geschützt – so lange, bis Verluste die „Junior Tranche“ aufgezehrt haben.</p>
<b>Volatilität</b>	Volatilität ist ein Maß für die Schwankungen zum Beispiel eines Finanzmarktpreises innerhalb einer bestimmten Periode.
<b>Währungsswap</b>	siehe: „Zinsswap“
<b>Warehouse-Bestände</b>	Im Rahmen des Originate-to-distribute-Geschäftsmodells von einer Bank ausgereichte und zum Weiterverkauf vorgesehene Kredite.
<b>Wertberichtigungen</b>	Anpassung des Buchwerts von Aktivposten einer Bilanz an die tatsächlichen Wertverhältnisse.
<b>Wholesale</b>	siehe: „Retail“
<b>Zinsstruktur</b>	Zusammenhang zwischen den Zinssätzen und den Laufzeiten einer Anlage für Emittenten gleicher Bonität. Man spricht von einer normalen (inversen) Zinsstruktur, wenn der Zinssatz mit der Laufzeit der Anlage steigt (fällt).
<b>Zinsswap</b>	Vereinbarung zwischen zwei Parteien über den Austausch unterschiedlicher Zinszahlungsströme während einer bestimmten Laufzeit zu festgelegten Terminen in der Zukunft. Üblicherweise werden feste gegen variable Zinszahlungen getauscht. Ein Zinsswap ist also ein Geschäft, bei dem feste und variable Zinsverpflichtungen zu demselben nominellen Kapitalbetrag für einen festgelegten Zeitraum gegeneinander getauscht werden. Der Geschäftspartner, der die festen Zahlungen leistet, wird als Zahler (englisch: payer) be-

# Finanzkrise Glossar

	<p>zeichnet, der Geschäftspartner, der die festen Zahlungen erhält, wird als Empfänger (englisch: receiver) bezeichnet. Der feste Zinssatz wird auch Swapsatz genannt. Die variable Seite wird über Referenzzinssätze angepasst. Beim Währungsswap tauschen die Geschäftspartner Zahlungsströme mit gleicher Laufzeit und Zinsbindungsfrist, aber in verschiedenen Währungen gegeneinander. Die Zahlungsströme enthalten die Kapitalbeträge und die damit verbundenen Zinszahlungen.</p> <p>Mit Asset Swap wird ein Finanzinstrument bezeichnet, mit dem es möglich ist, eine Anleihe zu festen Zinsen in eine Anleihe mit variablen Zinsen zu transformieren.</p>
<b>Zinstender</b>	<p>Tenderverfahren, bei dem die Geschäftspartnerinnen und -partner Betrag sowie Zinssatz des Geschäfts bieten, das sie mit der Zentralbank tätigen wollen.</p>
<b>Zweckgesellschaft</b>	<p>Als Zweckgesellschaft (englisch: Special Purpose Vehicle, SPV) wird eine juristische Person bezeichnet, die für einen bestimmten Zweck gegründet wird. Banken gründen und managen Zweckgesellschaften (englisch: Conduits oder Structured Investment Vehicles), mit denen langfristige Anlagen mit kurzlaufenden Wertpapieren refinanziert und auf die strukturierte, oft sehr riskante Finanzprodukte übertragen werden. Die Zweckgesellschaft kauft Forderungen auf. Diesen Kauf refinanziert die Zweckgesellschaft durch die Emission von Wertpapieren wie Credit-Linked Notes. Die Wertpapiere werden durch das angekaufte Forderungsportfolio besichert.</p> <p>Unter den früher geltenden Eigenkapitalvorschriften „Basel I“ mussten diese Gesellschaften und ihnen zugesagte Kreditlinien nicht in der Bilanz geführt werden. Nach den Vorschriften von „Basel II“, die seit Anfang 2008 in EU-Mitgliedsstaaten gelten, ist dies nicht mehr erlaubt. Die Altgesellschaften haben bei zahlreichen Banken in mehreren Ländern große Schäden verursacht, als in der Finanzkrise die entsprechenden Kredite und Wertpapiere im Zusammenhang mit den Zweckgesellschaften entwertet wurden.</p>